

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter **Preussland**, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

### Eisenbahnherrlichkeit.

Wir brachten dieser Tage die Nachricht, daß bei einem Zug-Zusammenstoß auf der Erfurter Station: Güterbahnhof ein Hilfsbeamter so schwer verletzt wurde, daß Tags darauf sein Tod erfolgte. Zu verantworten hatte sich deshalb der Assistent Selbig. Er wurde in dessen freigesprochen, da das Gericht der Überzeugung war, daß er infolge eines kurz vorher auf dem Güterbahnhof erfolgten Unfalls und Überanstrengung (er hatte 7 Nächte hintereinander die Dienst gehabt) sich in einem Zustande befunden haben konnte, der eine Strafbarkeit ausschließt.

Ein nur einigermaßen aufmerksamer Leser der Tageszeitungen wird sich daran erinnern, daß derartige Mitteilungen mit großer Regelmäßigkeit immer und immer wiederkehren. Sie enthalten in ihrer nüchternen Einfachheit ein gut Stück erschütternder Tragik, sie sind zugleich eine herabde, wirkungsvolle Anklage gegen Einrichtungen, welche solche Vorkommnisse zu einer stehenden Rubrik der Presse machen.

Der Staat als Unternehmer, den die Sozialdemokraten so warm empfehlen, offenbart sich uns in seiner ganzen Vortrefflichkeit auch in der Geschichte der Eisenbahnunfälle und Eisenbahnprozesse. Die zahlreichen erschütternden Katastrophen, mögen sie nun in Steglitz oder in Köhrmoos, in Preußen oder in Bayern sich zutragen, führen uns zu Gemüthe, daß die kapitalistische Gesellschaft auch in ihrer Exekutive, eben dem Staate, nicht anders als kapitalistisch zu wirtschaften vermag.

Mag der Staat Kohlen fördern oder Eisen gießen oder Bahnen betreiben, stets wird der alte Adam der Mehrgewertherzeugung zum Durchbruch kommen, der Arbeiter wird auch im staatlichen Betrieb exploirt werden, wenn auch allerlei Schmökkel und Verzierungen die unheimlicheren Geschäfte der Ausnützung annüthig belegen. Im besten Falle sind die Wohlfahrts-Einrichtungen ein Gnadenbrot, ein Almosen, das unter der Voraussetzung straff militärfrommer Gesinnung verabreicht wird. In der Regel aber herrscht die Neigung, durch Einführung eines peinlichen Drills jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern, jede Neigung des Klassenbewußtseins, jeden Kampf für Verbesserung der Zustände rückwärtslos zu erdrücken und zu erstickern. Die mit solch großer Feierlichkeit angeländigten, von den Schmolzer und Genossen über den grünen Meer gelobten Arbeiterauschüsse, an und für sich ein plumper Versuch, ungläubigen Ideologen den Schein für Sein anzujureden, wie die Wälder jenseit gemeldet haben, in einem hohen Staatsunternehmen kläglich in's Wasser gefallen.

Die Mitglieder des Ausschusses in Dudweiler haben z. B. erklärt, daß sie auf die Ausübung ihrer „Funktionen“ verzichteten, da man sie ja doch nicht beachte. Natürlich, als Auspruch ist solch ein Auspruch grade gut genug, aber sonst haben die Statisten, auch auf der wirtschaftlichen Bühne, „nix to seggen.“

Der Staat, der auf dem Boden der bürgerlichen Produktionsweise steht, ist als Produzent auch Kapitalist, Kapitalist im großen Stil, der den Vortheil hat, die riesigen Massen von Arbeitern und Beamten politisch im Interesse der herrschenden Klassen zu beeinflussen, sie als „Stimmvieh“ zu verwenden und die wuchtigen Heerzäunen der Staatsproletarier gegen die Arbeiterbewegung bei den Wahlen ins Feld zu führen. Daß nach und nach die von Staatswegen ausgebeuteten Arbeiter das ihnen aufgelegte Joch abzuschütteln versuchen und zu der Auffassung kommen, daß der Verkauf der Waare Arbeitskraft nicht die Aufopferung des Verstandes, der politisch-sozialen Einsicht bedeutet, ist zum Theil das Verdienst der Sozialdemokratie, die unablässig auch unter diesen uniformirten Lohnsklaven zahlreiche Anhänger findet: den Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Art und Weise, wie der Staat den Unternehmer spielt, sind dabei die kräftigsten Hebel der Vereinigung jener Armen unter dem Zeichen der sozialistischen Arbeiterpartei.

So oft und so eindringlich predigen die Stöcker mit und ohne Bässchen, wie herrlich weit wir es im „christlichen Staat“ gebracht, und wie väterlich das „praktische Christenthum“ der preussisch-deutschen Geheimräthe und sonstigen Würdenträger am grünen Tische für die Ent-erben — der Staatsbetriebe sorgt.

Die Regelung der Arbeitszeit im Eisenbahnwesen ist das beste Beweisstück für diese frommen Salbadereien, an welche heutzutage kein politisch denkender Mensch mehr glaubt. Wenn es möglich ist, daß ein Bahnbediensteter tagelang hintereinander einen schweren, nervenzerrüttenden und äußerst verantwortungsvollen Dienst zu verrichten hat, so ist es sonnenklar, daß er aufgerieben, durch und durch mürbe und leistungsunfähig werden muß. Ist es nicht ein furchtbares Spiel mit Menschenleben, wenn ein Weichensteller, ein Wechselwärter, ein Lokomotivführer durch die allen Grundsätzen der Gesundheitslehre Hohn sprechende überlange Arbeitszeit abgespannt und ermattet, im öffentlichen Verkehrsweisen, dem stündlich tausende und abertausende Personen sich anvertrauen, ihre Arbeit verrichten müssen? Ihre Arbeit, bei welcher ein falscher Griff, die Verzögerung weniger Sekunden, die Nichtbeachtung eines Signals die gräulichsten Unglücksfälle herbeiführen kann. Der Blick eines todtnüthen Mannes ist nicht mehr ungetrübt, und wie leicht ver-

wechselt er die Farben der Signale! Die Hörnerven sind abgestumpft, das Glockenzeichen entgeht ihm, oder er vernimmt es zu spät, einen Augenblick zu spät. Die Glieder sind schlaff und gelähmt durch die unmennehrlichen Anstrengungen, und er faßt die Bremse nicht kräftig genug, er kann die Maschine nicht mehr beherrschen.

Vor die Schranken des Gerichtes ruft man den armen Teufel, der selbst ein Opfer staatskapitalistischer Betriebsamkeit, irgend einen Unfall „herbeigeführt“ hat. Trifft ihn die Schuld? Nun und nimmermehr, wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß sein Unternehmer ihm Aufgaben gestellt hat, die keine Arbeitskraft zu lösen vermag. Er wird gerichtet, und doch ist er frei von Schuld. Mag der Bedauernswertige nach dem Buchstaben des Befehles, wie dies oft genug geschieht, geschehen muß, auch verurtheilt werden, für Alle, die Augen haben zu sehen, sieht auf der Anklagebank das verwerfliche System, das diese Zustände geschaffen hat. Für Alle, die Ohren haben zu hören, spricht der Gerichtshof das Urtheil über das System. Und wenn der unglückliche Proletarier hinter den Kertergittern dafür büßen muß, daß der Staat ihn auspreßte wie eine Zitrone, so wissen wir: der Stab ist gebrochen über das System, das die Sozialdemokratie immerdar mit aller Thakraft bekämpfen wird, bis sie bessere, menschenwürdigere Verhältnisse geschaffen hat.

So verstehen wir erst recht die packende Sprache der Unfallstatistik, wie sie das neueste „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ veröffentlicht hat. Beim Betriebe der normalspurigen deutschen Bahnen wurden Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst getödtet:

1880-81	246
1881-82	242
1882-83	238
1883-84	304
1884-85	290
1885-86	301
1886-87	290
1887-88	275
1888-89	333

Bezeichnend für die wachsende Gefährdung der Bahnbediensteten ist es, daß zwar die Zahl der Unfälle sich vermindert hat, die Zahl der bei den Unfällen Getödteten aber gestiegen ist. Der moderne Verkehr, der immer groftartiger sich entfaltet, stellt an die Bahnproletarier stärkere und stärkere Ansprüche, ohne daß der Bahnunternehmer, hier in erster Reihe der Staat (in Deutschland spielt das Privatbahn-System jetzt eine durchaus untergeordnete Rolle) die erhöhte Arbeitsleistung durch sozialreformerische Zugeständnisse, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, einen Ausgleich versucht. Es trafen auf je

### Revue.

#### Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Man ist aber auch manchmal unverfäht, und stellt große Anforderungen an uns, wahrlich enorme. Wir können nicht alle Geschäftskente, die sich an uns drängen, Brot erhalten, und können nicht ihnen zu Liebe, Madame Piccard, fünf Mal im Tage die Toilette wechseln.“  
 Niemand hatte Frau Field übermüthiger angesehen, als diesem Augenblicke, und, in einen noch schärferen Ton übergehend, fuhr sie fort: „Meine Tochter hat ganz Recht, wenn sie dies alles überflüssig nennt, nachdem wir bereits unsere Toilettenbedarf mehr als hinlänglich gedeckt haben. Das heißt, es beliebt Madame, uns erst nachträglich mit dem eigentlichen Nouveautés bekannt zu machen, und sie be-geht damit eine Taktik, die ich nicht näher bezeichnen will.“  
 Madame Piccard nahm diesen vehementen Angriff mit Unerschrockenheit stoischer Gelassenheit entgegen.  
 „Guter Gnaden werden sich überzeugen können, daß diese jüngsten Moden selbst erst erhalten habe. Die großen Häuser in Paris und London machen es nicht anders. Man bringt Neues zu Anfang der Saison auf den Markt, und läßt das Groß sich damit vorfragen, ob erst nachträglich kommt das Allerneueste für die Aus-wahl.“  
 „Und Sie, Madame, haben mich also zu dem Groß ge-schickt?“

„Guter Gnaden hatten einen bestimmten Lieferungsstermin festgesetzt, wir durften ihn nicht hinauschieben.“  
 „Und wenn ich nun wirklich gestern abgereist wäre, wie ich die Absicht hatte, was dann?“ Frau Field's Zorn wurde geradezu imponirend.

„Guter Gnaden wären diesen entzückenden, hochfeinen Novitäten doch nicht entgangen.“  
 „O, gewiß nicht, aber ich hätte das große Vergnügen gehabt, sie bei Anderen zuerst zu erblicken.“  
 „Um dem zuzuworakommen, bin ich eben hier.“  
 Die Modistin verbogte sich mit großartiger Ruhe, sie hatte das letzte Wort, sie triumphirte.

In dem Augenblicke trat Papa Field mit Konrad Niehl in die Thüre.  
 „Kinder, ich bringe Euch einen alten Freund,“ rief er jovial, „laßt Euch in nichts stören.“  
 Aber der Besuch schien doch alle zu überraschen, und einem Moment war es, als stände ein schurrendes Rad plötzlich stille, aber bald war es wieder im Gange.

Silvia kam zuerst auf Niehl zu und streckte ihm beide Hände entgegen. Sie war im Hut und Spitzenumhang und stellte sich ihm lachend als Probiermamsell vor, wozu ihr Gatte mit der selbstzufriedensten Miene einige gräßliche Witze machte, während Mama Field sich auf ihren breiten Sitz noch behaglicher zurücklehnte. Sie reichte ihre fettgepolsterte Hand so hoch hinauf, daß Niehl nicht anders konnte als stüchtig seine Lippen darauf zu pressen.

Ganna war ohne Bewegung geblieben, keine Muskel ihres schönen Gesichtes hatte sich verändert. Es war nur ein Hauch, der ihre bläulich zarte Wange rosig färbte und eben so rasch schwand, als er gekommen. Als Niehl sich ihr näherte, blickte sie ruhig mit ihren großen Augen zu

ihm auf, fast ein wenig neugierig. Dieser Mann hatte sie geliebt und war nun einer der Ersten, der kam, um sie zu ihrer Verlobung zu beglückwünschen. Er war also mit seiner Neigung fertig geworden, und hatte Alles über-wunden.

Ein eigenhümliches bitteres Lächeln legte sich in einen Winkel des feinen Mundes. Gewiß, es war nicht Leidenschaft, die sie ihm eingefloßt, nicht jene Liebe, die stark und unüberwindlich ist, seine Neigung war ein schwächliches Pflänzchen gewesen, das, als es auf steinigtes Gredrich traf, sich schon zurückzog, da es nicht die Kraft in sich fühlte, weiter zu dringen, um kräftigere Wurzel zu schlagen. Dieser Mann hatte seine sie aufgegeben, noch ehe er sie um ihr Gefühl befragt; aber auch sie war damit fertig geworden, und sie lächelte, als sich ihr Kopf ihm nun ent-gegen beugte, voll stolzer Gemüthung, daß Nichts davon übrig geblieben, nicht einmal verletzte Eitelkeit, wie sie meinte.

Niehl sah alsbald zwischen den beiden jungen Damen, in ein lebhaftes Gespräch verwickelt, indeß Baron Waller, beide Hände in die Taschen seines lichten Rockes gesteckt und von einem Fuß auf den andern tretend, den Moment abpaßte, wo er wieder mit einem Wig dazwischen fahren konnte.

Frau Field hatte mit einem besonders zärtlichen Lächeln den Gatten an ihre Seite gerufen.  
 „Ich habe Dich bitten lassen, Heinrich, Du sollst ein wenig Einbildung nehmen in diese Herrlichkeiten.“  
 Aber dieser nannte das Hinterlist, einen menschenlichen Ueberfall, und wollte sich in solch' heikle Angelegenheiten nicht mischen.

„Bitte, bitte, es ist ein besonderer Fall. Madame

1880/81	7,0
1881/82	7,2
1882/83	8,6
1883/84	8,9
1884/85	9,1
1885/86	8,4
1886/87	8,1
1887/88	10,9
1888/89	13,0

im Dienst getödtete Bahnbeamte und Bahnarbeiter.

Dies augenfällige Steigen der Todesziffer spricht ganze Bände.

Man lasse uns in Frieden mit dem pharisaischen Gerede von den „Vorjagen“ des heutigen Staatsbetriebs.

Der sozialistische Staat wird freilich mit solchen Dingen reinen Tisch machen.

### Der Partei-Kongress.

Halle, den 12. Oktober. Die Kongressverhandlungen finden, wie schon bekannt, im Saale des Hofjägers statt. Der Saal ist reich geschmückt. Von den Wänden grüßen die untrüglichen Bilder unserer Todten herab: Leib, Bräde, Hafencleber, Krüger, Jork und Kayser. Marx' und Lassalle's Bildnisse sind über der Tribüne vereint unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin; unten im Wilde geht die Sonne der Gerechtigkeit auf, während das Schiff der Sozialdemokratie die Wellen kühn durchschneidet und der Zukunft entgegensteuert. Ueber der Tribüne steht das alte Feldgeschrei: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Zwei rote Fahnen wallen zu beiden Seiten der Tribüne herab. Auf der einen Seite steht: Sozialdemokratischer Parteitag zu Halle; auf der anderen: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Zahlreiche Schilder hängen an den Wänden, welche die bedeutendsten Taten der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nennen: eine kurzgefaßte Parteichronik. Da lesen wir: 14. Juli 1889, Kongress zu Paris. — 1878, 22., 25., 29. Oktober 1880, Verbot der „Berliner Freien Presse“, des Leipziger „Vorwärts“, des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“. — 28. Septbr. 1884, Stiftung der internationalen Arbeiter-Assoziation. — Sozialistengesetz: 21. Oktober 1878. — 2.-8. September 1886. Erster Kongress der Internationalen zu Genf. — 1888, 26.-28. September. Allgemeiner deutscher Arbeiterkongress zu Berlin. — 20. August 1880, Kongress zu Witten. — 1888, 1. Januar, Gründung des „Demokratischen Wochenblattes“ später „Volksstaat“. — Lassalle's Antwort schreiben. März 1868. — 28. September 1885, Beginn des Freiburger Geheimbundsprozesses. — 9. September 1870, Verhaftung des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei zu Braunschweig. — 11. April 1865, Ferdinand Lassalle geboren; 21. August 1864 gestorben. — 1869, 7. August, Eisenacher Kongress; Gründung der sozialdemokratischen Partei. — 2. bis 6. Oktober 1887, Kongress zu St. Gallen. — 19. August 1876, Einigungskongress zu Gotha.

Anwesend sind ca. 400 Delegirte und zahlreiche Gäste. Die Gallerie ist überfüllt.

Nach 7 Uhr eröffnet Siebknecht den Kongress mit folgenden Worten:

Als dem Neuesten in der parlamentarischen Vertretung der sozialdemokratischen Partei ist mir die hohe Ehre zu Theil geworden, den heutigen Parteitag zu eröffnen. Ich begrüße zunächst die deutschen Delegirten und unsere Gäste. Sie sind hier versammelt zu erstem Theil, zur Führung der ersten Geschäfte der Partei. Unsere Erwartungen sind weit übertroffen worden durch die Wirklichkeit. Die zahlreiche Anwesenheit der Delegirten ist ein Beweis für das mächtige Wachstum unserer Partei. Heute beginnt der erste Kongress auf deutschem Boden nach 18 Jahren. Dazwischen liegen die 12 Jahre des Sozialistengesetzes, zwölf Jahre des Kampfes, eines Kampfes, unerbittlich und ununterbrochen. Opfer hat er gekostet, zahllos, und unerhört. Da von den Wänden schaut mancher auf uns herab, der sein Leben, seine Gesundheit, sein Vermögen dargegeben hat, ein Leib, Kaiser, Hafencleber und wie sie alle heißen. Aber nicht umsonst sind diese Opfer gebracht. Nicht gelichtet sind unsere Reihen: je zahlreicher die Opfer, desto zahlreicher auch der Zug zu unseren Fahnen. Je stolzer wir die Fahne tragen, desto klarer wurde es dem Volke, daß unter unserem Banner gekochten werde für die Erlösung der darbenenden Menschheit — Wir lagen hier im vollen Lichte der Öffentlichkeit. Unsere Gegner verbreiteten, wir hätten wohl zuerst in einem hochherzigen Augenblicke beschloßen, öffentlich zu tagen; dann aber hätten wir uns gescheut, manche Geheimnisse wären hier zu verhandeln; so manche schmutzige Wäsche zu waschen. Nun, hier ist Öffentlichkeit; die Presse aller Parteien ist hier vertreten. Wir haben keine Geheimnisse, haben nichts zu vertuschen, zu verbergen. Unsere Ziele liegen klar da. Wir fordern die Kritik heraus. —

Ich brauche an Sie nicht Worte der Mahnung, nicht Rathschläge zu richten: Sie sind erprobt im Kampf; das Interesse unserer Partei ist der Leitfaden für Ihre Handlungen. Dem Soldaten wird oft gesagt, wenn sie in die Schlacht ziehen: Das Vaterland blüht auf Euch! Hier ist ein weltgeschichtliches Moment. Nicht nur die gesammte deutsche Arbeiterchaft, nicht nur unsere Feinde blicken auf uns; die Arbeiter der ganzen Welt blicken auf uns. Seit Jahren hat kein Ereigniß das Aufsehen erregt, wie das Fallen des Sozialistengesetzes, der 1. Oktober und der Zusammentritt dieses Kongresses. Die gesammte auswärtige Presse beschäftigt sich damit. Das zeigt, daß wir eine Macht repräsentiren, die ins Gewicht fällt auf der Waage der Geschichte. Nicht nur die mächtigste, die leitende Partei sind wir. Um uns dreht sich die Gesetzgebung und alles politische Leben. Aus einer Seite sind wir zur kleinen Partei, aus der kleinen Partei zur größten Partei Deutschlands geworden. Dieses Wachstum legt uns erhöhte Pflichten auf. Parteigenossen! Sie alle werden sich bewußt sein der Schwere und der Heiligkeit des Momentes, der Sie heut hier vereinigt.

Sie werden die Hoffnungen der Arbeiter nicht täuschen, aber die Hoffnungen der Gegner zu Schanden machen, welche erwarten, daß die Sozialdemokratie, die sie selbst nicht besiegen konnten, sich in innerem Zwiespalt selbst besiegen werde.

Ich schließe, indem ich Ihnen zurufe: Gedenken Sie, daß die Augen Aller auf Ihnen ruhen. Stimmen Sie ein mit mir in ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie! Begeisteret erhebt sich die Versammlung und stimmt drei Mal in das Hoch ein.

Siebknecht: Und nun bitte ich Sie um Vorschläge für den Vorsitzenden.

Erstling-Brandenburg schlägt vor Singer und Diez mit gleichen Rechten zu Vorsitzenden zu wählen.

Siebknecht: Sind weitere Vorschläge? Das geschieht nicht. Daraus schließe ich, daß Singer und Diez mit Akklamation gewählt sind. Erhebt Jemand Widerspruch? Das geschieht nicht. So sind die Genossen Diez und Singer gewählt und ich übergebe ihnen den Vorsitz.

Singer dankt der Versammlung zugleich im Namen von Diez für die Wahl und verspricht das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Das kann aber nur geschehen, wenn jeder Genosse uns in der Leitung der Geschäfte unterstützt. — Er schlägt vor, acht Schriftführer zu wählen, die sich in die Geschäfte zu theilen haben.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu. Aus der Mitte der Versammlung werden eine Reihe Namen genannt: Ritter, Frohne, Ernst-Berlin, Müller-Schleudig, Bruhns, Schippel, Rier, Bloß, Schwarz-Lübeck, Kegel, Kaden, Klein-Berlin und Mühl-Heidelberg. — Ritter, Kaden und Mühl lehnen ab.

Gewählt wird durch Handaufheben. Aus den Wahlen gehen hervor: Ritter, Frohne, Müller-Schleudig, Bruhns, Schippel, Ernst, Bloß und Schwarz-Lübeck. Die ersten drei übernehmen die Schriftführung.

Singer schlägt vor, zunächst die provisorische Tagesordnung zu genehmigen.

Werner-Berlin schlägt vor, zu jedem Punkte einen Korreferenten aus der Mitte der Delegirten, die sich freiwillig zu melden haben, zu ernennen. Gegenwärtige Meinungen wären sonst auf 10 Minuten Redezeit dem einstündigen Referat gegenüber angewiesen.

Förster-Hamburg widerspricht. Eine Bescheidung des Wortes würde nicht stattfinden. Man lasse es bei dem ersten Vorschlag. (Zustimmung.)

Deutert-Rapolda glaubt, daß 10 Minuten genügen, um auch eine gegenwärtige Meinung auszudrücken. Es würde sonst eine Zeitverschleppung eintreten.

Schulze-Magdeburg tritt der Ansicht Werner's aus taktischen Gründen bei.

Prinz-Frankfurt wünscht, daß erst die Mandats-Prüfungskommission gewählt wird.

Singer: Das gehört zunächst nicht hierher.

Rehner-Berlin: Rehner hat nicht zur Tagesordnung, sondern zur Geschäftsordnung gesprochen.

Rebel: Werner's Antrag bewirkt das Gegenteil dessen, was er bezweckt. Erst müßte ein Korreferent sich melden und dann die Versammlung entscheiden, ob sie gerade diesen Redner als Korreferenten hören will. Der freiwillige Korreferent führt vielleicht die Sache schlechter, als mehrere Redner in der freien Diskussion, von denen der Eine nachholen kann, was der Andere vergessen hat. Werner wünscht jedenfalls, daß eine von der fraktion abweichende Meinung voll zum Ausdruck kommt. Das ist bei sofortiger Eröffnung der Diskussion mit gleichem Recht für Alle am besten möglich. Wir haben keinen Grund, von dieser Gepflogenheit aller Parteitage abzugehen.

Reist-Köln beantragt Abstimmung über den Antrag Werner und Schluß der Diskussion.

Der Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag Werner wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt. Die provisorische Tagesordnung ist genehmigt. Sie lautet:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: W e b e l
  2. Bericht der Kreisforen.
  3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Parteitag-Fraktion. Berichterstatter: S i n g e r.
  4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: W e b e l
  5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
  6. Das Programm der Partei. Berichterstatter: S i n g e r
  7. Die Parteipresse. Berichterstatter: A u e r und W e b e l
  8. Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotten. Berichterstatter: G r i f f e n b e r g e r u. K l o p f - S t u t t g a r t
  9. Anträge aus der Mitte des Parteitag.
- Folgende Geschäftsordnung wird in Vorschlag gebracht:

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Annahme das Wort.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 30 Delegirten unterschrieben sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder durch Anwesenheit erfolgen.

Sobald ein Antrag die nötige Unterstützung gefunden hat, hält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 15 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgewählten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

Die Redezeit der Referenten wird auf 1 Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als 2 Mal in einer Sitzung das Wort nehmen.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Anwesenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitag muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

§ 1 wird nach längerer Debatte genehmigt. Gegen § 2 erhebt W e r n e r - B e r l i n Widerspruch. W e r n e r - B e r l i n macht darauf aufmerksam, daß auch der Ruf die Unterstützung erfolgen könne. Bei diesem Ruf konnten sich aber die Genossen der einzelnen Wahlkreise vorher über Anträge einigen. Deshalb wäre es angemessener, diesem Kongress eine Unterstützung durch 10 Delegirte genügt lassen.

Stadthagen-Berlin bringt einen schriftlichen Antrag ein, der mit dem Werner'schen Antrag übereinstimmt. E w a l d - W a n d e n b u r g und T h i e r b a c h erheben, daß unverändert anzunehmen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag Werner-Stadthagen wird mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Der § 2 wird unverändert genehmigt. §§ 3 und 4 werden unverändert genehmigt.

§ 5. G e l l - L e i p z i g beantragt 20 Minuten Redezeit für den Redner in der Diskussion.

Rehner-Berlin widerspricht. Zu lange Redezeit würde die Zeit.

H o s a n g - D e s s a u vertritt denselben Standpunkt. Das dürfte nicht unnütz versäumt werden, schon angesichts der Kosten.

G u t t e n f e i n - K a r l s r u h e will jeden Redner nur 5 Minuten sprechen lassen.

R i t t l e r - H e i l b r o n n beantragt, dem ersten Redner, gegen die Ansicht des Referenten meldet, 20 Minuten Redezeit zu gewähren, damit nicht der Vorwurf laut werde, der Redner habe durch eine ungünstige Geschäftsordnung die Redezeit mundtot machen wollen.

Reist beantragt, jedem Redner, der sich zum zweiten Mal bei derselben Sache zum Wort meldet, nur 5 Minuten Redezeit zu geben.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird unverändert genehmigt.

§ 6. G r i f f e n b e r g - B e r l i n beantragt 4 Mann zu wählen, die die Stimmen zu zählen haben.

diese Forderungen zu erfüllen, und daher wie so viele andere zur Familienlosigkeit verdammt bin.

„Und doch ist Familienglied Dasjenige,“ entgegnete Hanna, ohne ihre Stellung zu verändern, „das ein Mann Männerherz sich stets zu sichern vermag, die Pflicht hier das Rechtwort, das Alles giebt, Alles zu erfüllen Stande ist.“

Niehl versuchte zu lächeln. „Die Liebe? Sobald sie mit kleinlicher Sorge zu kämpfen hat, geht sie selbst in Siegerin hervor.“

„Das kann kein Axiom von allgemeiner Giltigkeit sein.“ Bei einem im Reichthum erzogenen Mädchen es immer zutreffen. Was ein solches Mädchen zu Wohlsein bedarf, ist ein komplizirter Apparat, über jeder Entbehrung hilflos, hilflos, ja entsetzlich über stehen. Die an Ueberfluß gewöhnte Frau würde bald die Noth des Lebens an sie herantritt, rasch von Liebe geheilt sein, und der Ernüchterung würde die folgen.

Hanna hob langsam den Kopf, einen ungewohnten Stolz sprach jeder Zug ihres Gesichtes an.

Aus Ihnen spricht nur das Gefühl der eigenen vor solchen Entbehrungen, der eigenen Haltlosigkeit ist wahr, man verweicht uns, aber sollte dann Fähigkeit, uns über ein leibliches Ungemach zu setzen für immer erstickt sein? Sollten wir nicht im Stande sein, um uns die höchsten Güter der Welt zu erkämpfen, das Niedrigste daran zu wagen? Kraftvolle Männer dürfen Kraft bei den Frauen sehen, und nur wirkliche Leidenschaft vermag ein so großes Gefühl zu erregen. Aber Vergleich ist wohl selten geworden, wie? — Der Glaube an Liebe lächerliche Täuschung. Sie haben tausendmal Recht bin eine Thörin.“

Sie wandte dem Mann den Rücken und verließ das Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Bicard hat uns da mit Novitäten überrascht, die für die Saison geradegu originell und charakteristisch genannt werden müssen.

„Das heißt, die schon an die Karrikatur streifen.“

„Sage das nicht, Papa,“ rief Silvia, die mit einem Ohr herüberhorchte, „sie leiden entzückend und alle Welt wird uns darum bewundern und — beneiden.“

Fiehl lächelte. Sie hatte ihn an der richtigen Stelle gefaßt. Bewunderung und Neid zu wecken, überall und in Allem, darauf kam es ja eben an, das sprach für sein Glück und für seine Gewandtheit, das mehrte sein Ansehen und das Vertrauen; das gehörte in sein System. „Du kleine Zauberin, kann ich Dir abschlagen, was Dich schön und glücklich macht?“

Silvia sprang auf und lief auf den Vater zu, den sie von rückwärts um den Hals faßte. „Papa, Du bist einzig!“ und an sein Ohr sich neigend, „aber ich liebe auch nur Dich!“

„Was die Baronin ausgesucht, bleibt hier,“ sagte Mama, mit gehauchter Entzückung, die Thränen ahnen ließ, das Uebrige — — —

„Natürlich, auch was Mama ausgesucht, nicht wahr, Papa?“

„Natürlich!“

Frau Fiehl warf Mann und Tochter einen getürkten Blick zu. „Alles, wirklich, o!? Aber Heinrich, ich wage es kaum, denn mein Budget — — —“

„Ist längst überschritten, ich weiß es.“

„Aber auch der Zuschuß, den Du in Aussicht gestellt —“

„So, so, auch überschritten? Das ist — ein wenig viel.“

„Ich sagte es ja,“ rief Mama, indem sie rasch ihr Sacktuch über die Augen legte.

„Ich bewillige alles,“ beeilte sich der Gatte zu sagen, und sich hierauf mit lächelnder Ueberlegenheit gegen die Modistin wendend, „auf die Gefahr hin, daß Sie mich bankerott machen, Madame!“

auch diese zwei Stück echter Guipure, nicht wahr?“ wendete sie sich mit einem gewissen Winkeln an Frau Fiehl.

Diese erhob abwehrend die Hände.

„Nein, nein, diese nicht, was fällt Ihnen ein. Mit Spijzen werde ich mich in den Niederlanden versorgen.“

Die Modistin nahm eine sehr ernste Miene an.

„Die dortigen Fabrikate sind gewiß nicht schöner als die unsrigen, Euer Gnaden, aber die unsrigen sind weitans billiger; o, Sie ersparen ein hübsches Sümmchen, wenn Sie hier kaufen. Mein Gott, wir könnten es ja nicht geben, wenn diese armen schleisschen Klöpplerinnen nicht so genügsam wären, sie verhungern fast bei ihrer Arbeit. Wo schon aus Humanität, aus purer Wohlthätigkeit müssen unsere edlen Damen sich für die heimischen Fabrikate entscheiden.“

Die kleine dicke Frau sendete einen Blick gen Himmel. „In Gottes Namen, was thäte man nicht für diese armen Leute; lassen Sie die Spijzen hier.“

Die Modistin war verabschiedet. Frau Fiehl hatte ihr Kollifantenil umdrehen und der in der Nähe des Fensters sitzenden Gruppe entgegen schieben lassen.

Papa war schon vorher an sie herangetreten.

„Jeanette, Du meine Jüngste, Du hast keine Wünsche?“

Hanna sah mit den schönen Augen sinnig lächelnd zu ihm auf.

„Du irrst, Papa, ich wünsche nur mehr noch als die Andern.“

Er nickte ihr zärtlich zu. „An Dir ist die Reihe, Dein Hausstand ist zu gründen, aber Du sollst mit mir zufrieden sein.“ Und wieder dachte er an die Villa und den Park.

Hanna griff nach der Hand des Vaters, die auf ihrer Stuhllehne lag, und legte in schmeichelnder Lieblichkeit die sammetweiche Wange daran. Frau Fiehl strahlte in stolzer Befriedigung.

Nicht wahr, Herr Niehl, er ist ein guter Mann, ein guter Vater? Sie wissen noch nicht, was das heißt, eine Frau und Tochter mit allem zu versorgen, was sie brauchen.“

Gnädige Frau, ich weiß gerade so viel davon, um mit ehrlich einzugehen, daß ich niemals im Stande sein werde,

Beyer-Leipzig glaubt, das Bureau sei hierzu ebenso geeignet.  
Singer: Wenn ein Mitglied des Bureau's Zweifel erhebt, wird noch einmal abgeklärt.  
Fannkuch-Kassel: Das Bureau ist einstimmig gewählt. Weßhalb da ein Nichtwähler? Ich würde mich, wenn ich im Bureau säße, bedanken, die Geschäfte zu führen.  
Ein Schlufantrag wird angenommen.  
§ 8 wird unverändert genehmigt, ebenso § 7.  
Mikard beantragt als Zusatz, daß die früher abreisenden Delegierten ihre Abreise dem Bureau schriftlich anzeigen;  
Beyer-Leipzig, daß die Namen im Protokoll vermerkt werden.  
Diese Zusatzanträge werden genehmigt.  
Der Kongress hat jetzt seine Geschäftsordnung.  
Eine Mandats-Prüfungskommission aus 9 Mitgliedern wird gewählt, welche dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.  
Vorgeschlagen werden: Bernau-Berlin, Werner-Berlin, Hofang-Dessau, Hahn-Gera, Thierbach-Berlin, Heingel-Kiel, Meißner-Hamburg, Ewald-Brandenburg, Fannkuch-Kassel, Hirsch-Niederbarnim, Klein-Berlin, Schwarz-Hamburg, Horn-Lobtau, Klotz-Stuttgart, Grothe-Halle.  
Gewählt wird: Bernau-Berlin; Hofang-Dessau; Hahn-Gera; Heingel-Kiel; Ewald-Brandenburg; Meißner-Hamburg; Hirsch-Niederbarnim; Fannkuch-Kassel und Schwarz-Hamburg.  
Die Mandats-Prüfungskommission tritt nach der Sitzung zusammen.  
Stomke-Vielefeld macht darauf aufmerksam, daß Meißner-Hamburg kein Mandat hat und sieht darin einen Widerspruch, wenn M. der Mandats-Prüfungskommission angehört.  
Singer macht darauf aufmerksam, daß Meißner ordnungsmäßig gewählt sei.  
Meißner erklärt zu Gunsten eines Genossen aus Süddeutschland zu verzichten; dasselbe thut Heingel-Kiel.  
Gewählt werden: Klotz-Stuttgart und Grothe-Halle.  
Die Kommission ist wieder vollzählig.  
Als Zeit der Sitzungen wird festgesetzt: Vormittags von 9 bis 1 Uhr; Nachmittags von 3-7 Uhr.  
Meißner beantragt, eine Kommission von 12 Mitgliedern zu wählen, der alle Anträge auf Aenderung des Programms einzuwirken sind, und die durch einen Referenten aus ihrer Mitte Bericht zu Punkt 6 der Tagesordnung zu erstatten hat.  
Wedel bittet den Antrag abzulehnen, weil sonst an ein mögliches Resultat nicht zu denken sei. Das Programm muß nach manchen Richtungen hin abgeändert werden, das ist keine Frage. Aber außerdem ist eine ganz neue Fassung des Programms nötig. Diese kann hier nicht gefunden werden. Es werden mancherlei Anträge hier gestellt werden, diese müssen dann, wenn sie angenommen werden sollten, einer Kommission überwiesen werden. Die Kommission würde einen neuen Programmtext ausgearbeiten und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, etwa drei Monate vor dem nächsten Parteitag, zu veröffentlichen haben. Wir werden es anders nicht machen können, und am liebsten säße ich, wenn Genosse Meißner den Antrag zurückziehe.  
Der Antrag Meißner wird zurückgezogen.  
Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schließt Singer die Verhandlungen um 9 Uhr 10 Minuten.

### Politische Uebersicht.

Ueber den Parteikongress, der programmäßig am Sonntag eröffnet worden ist, finden unsere Leser an anderer Stelle ausführlichen Bericht. Der gewaltige Eindruck, welchen das deutsche Arbeiterparlament, ein wirkliches Volkshaus, auch auf die erbittertesten Gegner macht, er spricht aus jeder Zeile, aus jedem Buchstaben der bürgerlichen Presse. So sehr sich die Bourgeoisie auch sträuben mag, die elementare Macht dieses bedeutsamen Ereignisses läßt keine falsche Deutung, keine Vertuschungsversuche, keine der sonst beliebten Mogelesen auskommen. Die erste Würde, die hinreißende Begeisterung, die bei dieser Heerschau des Proletariats sich offenbaren, werden wenn auch noch so widerwillig anerkannt. Die lebhafteste Beilegung nicht bloß der Genossen im ganzen deutschen Reich, sondern auch derjenigen des Auslandes, welche durch ihr Erscheinen die Verbrüderung des arbeitenden Volkes ohne Unterschied des Stammes und der Sprache dokumentieren, die erfreulichen Ergebnisse des Geschäftsberichtes, die offenkundige, zielbewusste Einigkeit, das sind Thatsachen, über die unsere Gegner nicht hinwegzudenken, Thatsachen, die uns mit Freude und Genugthuung erfüllen müssen. Der erste Parteitag auf deutscher Erde seit so langer Zeit wird, daß sind wir schon heute sicher, einen Glanzpunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der Banntrügerin des modernen Proletariats, bilden. Den Genossen in Halle rufen wir für den weiteren Verlauf ein Glück auf!

Das Organ für Börsenjobber, Bokotten und Kommandanten, der „Berliner Börsen-Kourier“, radebrecht in dem seltsamen Deutsch, das ihm eigen ist, über die Eröffnung des Parteikongresses. Es findet, daß die sozialdemokratische Bewegung stets gewaltig überschätzt worden ist, und daß für die Arbeiterfrage eigentlich nur „ein Kuriositätsinteresse“ herrsche. Wahrscheinlich, eine kuriose Geschichte! Die künftigen Debatten des „B. B. K.“ werden uns nächstens wahrscheinlich erzählen, daß er der Angelpunkt der Weltgeschichte ist und einem seiner Lintennetze von Billi Lehmann applizierte Maulschelle der Analleseffekt der heutigen Entwicklung ist.

Die neue dreiprozentige Reichsanleihe hat ein gewaltiges Praßko zu verzeichnen. Die angebliche Ueberzeichnung ist nur Schein, das kapitalistische Publikum verhielt sich ablehnend, und der Kurs des neuen Papiers ist bereits unter den Emissionskurs gefallen. Der Patriotismus geht nicht weiter als bis zum Portemonnaie, der niedrige Zins der Anleihe ist für die Besitzenden nicht verlockend, sie ziehen es vor, bei Zwedischen Hochs auf „das deutsche Vaterland“ anzubringen, die „vaterlandslosen Sozialdemokraten“ mit sittlicher Entrüstung zu betrachten und ihr Geld prospektlicher anzulegen. Aber es ist bezeichnend, daß das Deutsche Reich so wenig Kredit und so riesige Schulden hat. Wenn einmal eine kritische Periode, wie 1870 kommt, wird das deutsche Kapital sicherlich nicht hochherziger sein als damals, und der Inhalt des Zukunftsplans ist doch auch nicht ausreichend bei einem Weltkrieg.

Ein Kongress von Vorständen der freien Hilfskassen soll Anfang November in Berlin tagen, um Stellung gegenüber der Kranken-Kassen-Novelle zu nehmen.

Engen Richter spielt den St. Georg munter fort und macht den sozialistischen Drachen in jeder Nummer seines Blattes todt und todt. Die „Zentrum-Korrespondenz“, die auf demselben niedrigen, vorhinmüthlichen Niveau steht, wie der Chef der „Freisinnigen Zeitung“, akkompagniert ihn nach Noten. Wenn nun der Kongress zu Halle nicht in Saal und Wähe Ruhe thut und sich zum Mandatsthum bekehrt, dann ist eben Hopfen und Malz bei diesen Sozialisten verloren.

Der exreaktionäre Gesinnungsgenosse Puttkamer's, Herr Pommer-Esche, wird Oberpräsident der Provinz Sachsen. Diese industrielle Provinz mit ihrer fortgeschrittenen Arbeitererschaft ist der geeignete Schauplatz für die staatsretterischen Thaten oberbühnlicher Aristokraten. Herr von Pommer-Esche wird es erleben, daß 1893 noch mehr Wahlkreise als bisher sozialdemokratische Abgeordnete nach Berlin schicken. Wenn er so eifrig Politik treibt, wie in seinem früheren Wirkungskreise

Straßund, wird der Erfolg nicht ausbleiben für die — Sozialdemokratien.

Die Feherei der Junkergarde am Rhein geht munter weiter. Die Schlotbarone und Kohlenritter wüthen gegen das allgemeine Wahlrecht, das „keinen einzigen verstandlosen Vertheidiger“ besitze und freudigen nach wie vor gegen den Kaiser. Man vergleiche selber:

Königliche Zeitung:

Wer die Stimmung der führenden Kreise der Nation gegenüber den unreifen Arbeiter-Organisationsgedanken verworrenen Theoretiker und unpraktischer Projektenmacher begreifen will, wer die Kraft und Entschlossenheit des Widerstands abmessen will, welchen jene Kreise allen naiven Experimenten entgegensehen würden, der muß bedenken, daß die Intelligenz, welche in einem wichtigen Theile unseres Staatswesens politisch vergeblich ist, nicht die geringste Lust hat, sich auch noch wirtschaftlich vergewaltigen zu lassen. Man wird dann auch die Bitterkeit und den streifen Ernst verstehen, mit welchem diese Kreise das kindische Spiel betrachten, welches unverantwortliche Phantasten und Volksbeglucker auf wirtschaftlichen Gebiete mit dem verhängnißvoll vieldeutigen Schlagwort „Gleichberechtigung der Arbeiter“ treiben... Was soll und ein unklares Schlagwort, welches in den Massen, in die es von popularitätsstichtigen Streifen geworfen wird, nur Hoffnungen erwecken könnte, die sich ohne Bedrohung der bestehenden Eigenthums- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen können. Das Spielen mit solchen feuergefährlichen Sachen kennzeichnet sich als groben Unfug.

Die Herren haben, das muß man zugeben, zum mindesten „Schneid“, eine Tugend, die in den Bezirken des Rheinens-Kaesses und der extremen Polizeimilitär nicht zu finden ist, obwohl die jüdischen Kapitalisten über diese Fragen genau so denken, wie ihre Genossen in Westdeutschland. Was kann der Mensch dafür, wenn ihm der Wuth in der Brust die Spannkraft nicht läßt, um mit König Ludwig I. von Bayersland zu reden! Uns kann dieser Streit am händlichen Heerde der Bourgeoisie nur nützen. Selbst ein politischer WGS-Schüge muß den starren Widerstand der Besitzenden gegen die kleinste Reform zu Gunsten der Proletariat sich richtig denken. Es geht vorwärts, unaufhaltsam vorwärts.

Zur Fleischtheuerung. Die erste allgemeine Jahresversammlung des Verbandes oberschlesischer Städte beschloß eine Witschrift an den Kaiser um Wiedergulassung der Einfuhr russisch-polnischer Schweine und Rinder in die Schlachthäuser des Regierungsbezirks Oppeln. Die Witschrift soll von jeder Stadt einzeln abgehandelt werden.

Derlei „Witschriften“ bezeugen nur die Ohnmacht unseres Bürgerthums. Gätte man eine demokratische Volksvertretung, dann wäre die unerhörte Begünstigung der Junkerinteressen einfach unmöglich.

Die bürgerliche Moral wird treffend gekennzeichnet durch folgendes Inserat, das wir dem konservativen „Hamburger Korrespondenten“ entnehmen:

Privat-Detektiv-Bureau, Hamburg. Ermittlung von Verbrechen und Vergehen jeder Art. — Beschaffung von Material in Ehecheidungssachen. — Ueberwachung von Personen gegen Hochkaperei. — Ermittlung verschollener und sich verheimlichender Personen. — Ueberwachung von Geschäften und Angestellten. — Uebernahme aller Vertrauensangelegenheiten. — Ermittlung von Verleumdern. — Uebernahme außergerichtlicher Alforden. — Unbemerkbare Beobachtung von Personen respektive Verfolgung auf Reisen u. s. w.

Die Wirkung des Privateigenthums auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse offenbart sich mit wünschenswerther Deutlichkeit in dieser Organisation der schamlosen Spielei, die sich in die Familien, in die Geschäfte, in Handel und Wandel eindringt. Auch in Berlin und anderswo existiren solche Bureau's. Wie der Herr, so das Geschirr, wie das politisch-soziale System, so die einzelnen Institutionen!

Rein Vereinsgesetz hindert das Kapital, mag es sich zur Durchführung seiner Zwecke national oder international organisieren. Das vor einem Jahre von sämtlichen in der nordatlantischen Fahrt beschäftigten deutschen und englischen Dampferlinien unter dem Namen „The Hamburg Agreement“ abgeschlossene Kartell, welches ein einmüthiges Vorgehen in der Festsetzung der Passagierpreise und damit die Unterbindung jeder den Gesellschaften schädlichen Konkurrenz bezweckt, ist in Liverpool seitens der beteiligten Gesellschaften erneuert worden. Die Klänge der Unternehmung sind Pflanzchen, die sorgsam — gehegt werden, mögen sie auch dem Gemeinwohl zuwiderlaufen; die Organisationen der Arbeiter, die dem Gemeinwesen den größten Nutzen bringen, fesselt man durch Polizeikanalen und Gesezesnetze an Händen und Füßen. Gleichheit vor dem Gesez!

Schnapsverbot in Deutsch-Ostafrika? Aus Sansibar wird der „Times“ gemeldet: Der deutsche Reichskommissar notifizirte öffentlich das Verbot des Verkaufs von Spirituosen im deutschen Gebiet, ausgenommen Wein, Bier und Wermuth. Ist Wermuth ein Euphemismus für Fusel? Warten wir also ob, ob den schnapsbrennenden Junkern wirklich dieser Tort angethan worden ist! Einweilen schlagen sich die deutschen Kolonialtruppen mit den Mahtis herum, was sicherlich jedes patriotische Philistherz laut klopfen macht.

Die Säcker nützen ihr herrliches Vereinsgesetz, diese Blüthe reaktionärer Gesezgebungslust, nach Kräften aus. Es regnet Versammlungsverbote.

Aus Sachsen melden die Bourgeoisblätter, daß nun, nachdem der erste Schreck über den neuen nordamerikanischen Zolltarif vorüber sei, die Erleichterung Platz greife, man brauche trotzdem nicht zu verzagen. In der Union besthe man noch nicht die Maschinenriemen und die sonstigen Einrichtungen, wie sie z. B. die Chemieverkürindustrie besitzt. Trüber sehe es im Voigtlande aus. Sicher ist, daß die Unternehmer sich für etwaige Verluste schadlos halten werden, sei es, daß sie jenseits des Ozeans Fabriken aufstehen, sei es, daß sie dasheim die Arbeiter durch Lohnrückstellungen und andere Kniffe der Ausbeuterwirtschaft die Fesche zahlen machen. Wir haben schon vor Monaten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das wilde Gesez der Kapitalisten über den hohen W. Kinley zum Theil die Aufmerksamkeit von schädlichen Mänschweren gegen die deutschen Arbeiter ablenken und diese selbstigen Attentate als betäubendes Gebot der Nothwendigkeit erscheinen lassen sollten. Daß die Yankee's sich die mannsbändigen Streiche der heillos-germanischen Unternehmer, die in Unter-

Wilhelm II. in seinem Erlass vom 4. Februar 1890 an die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe: „Einer der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“

Ein Attentat gegen das schweizerische eidgenössische Fabrikgesetz ist von den reich gewordenen Maschinenindustriellen der Schweiz und speziell denjenigen des Kantons Zürich eingeleitet worden. Die in unserm Kantone haben nämlich unter dem 29. September den Vorstand des schweizerischen Industriellen- und Fabrikvereins in Zürich ersucht, die Maschinenindustriellen in ihren unverföhrenen Bestrebungen, eine eminent arbeitserfindliche Aenderung der Artikel 11 bis 14 des eidgen. Fabrikgesetzes herbeizuföhren, (den Normal-Arbeitsstag, die Mittagspause, die Hilfsarbeiten, die Nacht- und Sonntagsarbeit der Fabrikarbeiter betr.), beim Bundesrath zu unterstützen. Will aber eine Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes in reaktionärem Sinne nicht so mir nichts möglich ist, sondern auch außerhalb der selbstbewußten Arbeiterschaft bei Wohlmeinenden heftigen Widerstand würde, so verlangen diese „Wohltäter der Massen“, daß der angesehene Vorstand dabei mithilfe, auf den Bundesrath zu drücken und denselben zu bewegen, den Reichsgewordenen zu Liebe einen Gesezbruch zu veranlassen. Die hochstehenden Patrioten und Biederndämmer scheuen sich nämlich nicht, in der Eingabe zu sagen: „Sollte der gegenwärtige Moment seitens der Behörden als nicht opportun für eine Aenderung der zitierten Artikel des Fabrikgesetzes erachtet werden, so wird an dieselben das Ansuchen gestellt, vorläufig auf dem Wege der Verordnung den Wünschen der Maschinen- und Metallindustriellen entgegenzukommen. Das ist also die Antwort der Maschinen-Industriellen auf die Forderung nach Einführung der 10stündigen Arbeitszeit! Mehr Arbeitsstunden wollen die Braven ihren Arbeitsdiensten verschaffen, trotzdem diese Lohnherren bis auf das Neueste schon bisher für sich Vergünstigungen gegenüber dem gesetzlichen Arbeiterschutze zu ertragen wußten.“

### Großbritannien.

London, 11. Oktober. Der Prozeß gegen Castioni, der den Tessiner Merikalen Koffi während des letzten Putschs erschossen haben soll, ist wiederum verlag worden, und zwar bis zum 20. d. M. Der Vertheidiger des Angeklagten erklärte heute, er werde Castioni's Anklage wegen der Ermordung Koffi's in Wellington nicht nur deshalb bekämpfen, weil der Prozeß ein politischer war, sondern auch deshalb, weil es nachweisbar ist, daß Castioni unmöglich die Missethat begehen konnte, da er damals am Thatort nicht anwesend war. Castioni bleibt inzwischen eingeleckert.

London, 13. Oktober. Die Polizei sprengte, wie die „Voll. Zit.“ meldet, gestern und vorgestern Aufsammlungen unbeschäftigter Arbeiter auf den St. Pauls-Kathedrale der Trafalgar Square. Die Verhafteten wurden gegen Bürgschaft freigelassen.

Herr Balfour, der Obersekretär für Irland, welcher die irische Bewegung mit Bütteln und Soldaten zu Tode heulen will, ein Unternehmen, das so vergeblich ist, wie jede Zwangspolitik gegen große volkswegende Ideen, leugnet mit eiserner Stimm, daß über der grünen Insel wieder einmal die furchtbare Gefahr einer Hungersnoth schwebt. Er beantwortete eine aus Amerika ihm zugegangene dringende Anfrage wie folgt: „Es können positive Urtheile nicht eher gebildet werden, als bis die Kartoffeln Ende dieses Monats ausgegraben sind... Das Gerüde von einer allgemeinen Hungersnoth ist gänzlich albern, obwohl in einigen Dörfern der Mischwachs ungewöhnlich erntet ist. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen werden ungewöhnlich hinreichen, um irgend einen wirklichen Nothstand, der die Kräfte der ordentlichen Armenpflege übersteigen dürfte, zu begegnen.“ So Mr. Balfour, der wärsige Roffe des Premierministers Salisbury. Unter den Maßnahmen der Regierung“ versteht der Biederndämmer wohl die Erfüllung von Pächterpflichten durch Militär, die Niederknüppelung von Abgeordneten und ihre Prozeßführung. — Die irischen Abgeordneten Dillon und O'Brien, die in Tipperary prozeßirt wurden, haben sich nach Amerika gegeben, um für die Nationalliga Geld zusammenzubringen, zum großen Aerger der britischen Jäger, die jene Belben durch Einverlebung gern an dieser Agitation verhindert hätten. Die Tories rennen mit offenen Augen in den Abgrund.

### Frankreich.

Paris, 11. Oktober. Präsident Carnot untorzeichnete ein Dekret, wodurch die aus Anlaß der letzten Creils verurtheilten Arbeiter begnadigt werden. — Frankreich ist ein „wildes Land“, sagt Herr Pindler.

Calais, 12. Oktober. Die Arbeiter, durch die Kapitalisten schamlos gedrängt, erklärten den Generalkonflikt. Von Nottingham trafen zur Unterstützung 150 Pfd. Sterl. ein, mit dem Besprechen, für jede Streikwoche weitere 1250 Frants für die freitenden Arbeiter zu übersenden, deren Anzahl 1250 beträgt. Die Solidarität der Arbeiter ist nicht an nationale Grenzen gebunden.

Sille, 13. Oktober. Der Sozialistenkongress schloß gestern mit einer großen öffentlichen Versammlung, an der 1200 Personen theilnahmen. Ferroul nahm die Verpflichtung an sich, die Forderungen des Kongresses vor die Deputirtenkammer zu bringen betreffs Aufhebung des Rechtes der Unternehmer, die Fabrikordnung von sich aus zu bestimmen, Verbot der Ausweisung fremder Arbeiter u. s. w. Abdann wurde der 1. Mai zum Arbeiterfeiertag proklamirt.

### Spanien.

Die soziale Frage ist wieder einmal im Handumdrehen gelöst. Dem Erzbischof von Barcelona gebührt der Ruhm, in einer Kommissionsitzung des spanischen Katholikenkongresses vor Saragossa dies Kunststück fertiggebracht zu haben. Man gründete Hilfskassen für die Arbeiter und für nothleidende Unternehmer, stellt diese Gründungen unter die sorgsame Obhut eines hohen Aleras, und die Geschichte ist fertig. Und solche Manzerien hecht man am Ende des 19. Jahrhunderts aus. Die Arbeiter von Barcelona, die Vorkämpfer des Sozialismus in Spanien, werden ihrem Seelenhirten gewiß eine Serenade bringen. Dem Verdienste seine Krone!

Madrid, 13. Oktober. Die Behörden in Barcelona treffen außergewöhnliche Maßregeln gegen das nunmehr häufige Auftreten der Cholera. Obgleich die Regierung die Erhaltung der Epidemie nicht amtlich anerkennen will, wird ein besonderes Spital errichtet. Die ausländischen Konsuln in Barcelona verweigern die Ausstellung von Gesundheitspässen für die ausgehenden Schiffe. Was hilft diese lägliche Vertuschungspolitik? Ohne Lügen und Heuchelei geht es nun einmal nicht.

### Russland.

Wie man uns aus Stockholm schreibt, wird der schwedische sozialistische Schriftsteller, Thuzentat Kund Wiaseff, in den nächsten Wochen eine Agitationsreise durch Finnland unternehmen, um dort öffentliche Vorträge über die Lehren von Karl Marx zu halten. Herr Wiaseff hielt sich mehrere Jahre in London, Paris und Berlin auf, um die Arbeiterbewegung in den drei hauptsächlichsten Industrielandern Europas zu studieren, und ist ein überzeugter Anhänger von Marx. Er wird also jetzt versuchen, dessen Lehren auch in einem unter der Herrschaft des russischen Zaren lebenden Landes Eingang zu verschaffen.

fakturierung der Maaren und Zollgammereien das Menschenmögliche leisten, nicht länger gefallen ließen, ist sehr begerlich; was wir damals sagten, gehen jetzt auch Bourgeoisblätter zu Spasshaft ist es, wenn das Gentlemen-Magazin, die „National-Zeitung“, die „Arbeits-Einstellungen“ neben dem „Arbeitsgesetz“ besuldbigt, die armen „Arbeitsgeber“ entmündigt zu haben; diese Braven müßten nun als zur Aufmunterung die Löhne herabsehen. Was das heißt, die Löhne für sich er Arbeiter zu erniedrigen ist aber nur den sozialpolitischen Säuglingen der „National-Zeitung“ unbekannt.

### Schweiz.

Ein Attentat gegen das schweizerische eidgenössische Fabrikgesetz ist von den reich gewordenen Maschinenindustriellen der Schweiz und speziell denjenigen des Kantons Zürich eingeleitet worden. Die in unserm Kantone haben nämlich unter dem 29. September den Vorstand des schweizerischen Industriellen- und Fabrikvereins in Zürich ersucht, die Maschinenindustriellen in ihren unverföhrenen Bestrebungen, eine eminent arbeitserfindliche Aenderung der Artikel 11 bis 14 des eidgen. Fabrikgesetzes herbeizuföhren, (den Normal-Arbeitsstag, die Mittagspause, die Hilfsarbeiten, die Nacht- und Sonntagsarbeit der Fabrikarbeiter betr.), beim Bundesrath zu unterstützen. Will aber eine Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes in reaktionärem Sinne nicht so mir nichts möglich ist, sondern auch außerhalb der selbstbewußten Arbeiterschaft bei Wohlmeinenden heftigen Widerstand würde, so verlangen diese „Wohltäter der Massen“, daß der angesehene Vorstand dabei mithilfe, auf den Bundesrath zu drücken und denselben zu bewegen, den Reichsgewordenen zu Liebe einen Gesezbruch zu veranlassen. Die hochstehenden Patrioten und Biederndämmer scheuen sich nämlich nicht, in der Eingabe zu sagen: „Sollte der gegenwärtige Moment seitens der Behörden als nicht opportun für eine Aenderung der zitierten Artikel des Fabrikgesetzes erachtet werden, so wird an dieselben das Ansuchen gestellt, vorläufig auf dem Wege der Verordnung den Wünschen der Maschinen- und Metallindustriellen entgegenzukommen. Das ist also die Antwort der Maschinen-Industriellen auf die Forderung nach Einführung der 10stündigen Arbeitszeit! Mehr Arbeitsstunden wollen die Braven ihren Arbeitsdiensten verschaffen, trotzdem diese Lohnherren bis auf das Neueste schon bisher für sich Vergünstigungen gegenüber dem gesetzlichen Arbeiterschutze zu ertragen wußten.“

### Großbritannien.

London, 11. Oktober. Der Prozeß gegen Castioni, der den Tessiner Merikalen Koffi während des letzten Putschs erschossen haben soll, ist wiederum verlag worden, und zwar bis zum 20. d. M. Der Vertheidiger des Angeklagten erklärte heute, er werde Castioni's Anklage wegen der Ermordung Koffi's in Wellington nicht nur deshalb bekämpfen, weil der Prozeß ein politischer war, sondern auch deshalb, weil es nachweisbar ist, daß Castioni unmöglich die Missethat begehen konnte, da er damals am Thatort nicht anwesend war. Castioni bleibt inzwischen eingeleckert.

London, 13. Oktober. Die Polizei sprengte, wie die „Voll. Zit.“ meldet, gestern und vorgestern Aufsammlungen unbeschäftigter Arbeiter auf den St. Pauls-Kathedrale der Trafalgar Square. Die Verhafteten wurden gegen Bürgschaft freigelassen.

Herr Balfour, der Obersekretär für Irland, welcher die irische Bewegung mit Bütteln und Soldaten zu Tode heulen will, ein Unternehmen, das so vergeblich ist, wie jede Zwangspolitik gegen große volkswegende Ideen, leugnet mit eiserner Stimm, daß über der grünen Insel wieder einmal die furchtbare Gefahr einer Hungersnoth schwebt. Er beantwortete eine aus Amerika ihm zugegangene dringende Anfrage wie folgt: „Es können positive Urtheile nicht eher gebildet werden, als bis die Kartoffeln Ende dieses Monats ausgegraben sind... Das Gerüde von einer allgemeinen Hungersnoth ist gänzlich albern, obwohl in einigen Dörfern der Mischwachs ungewöhnlich erntet ist. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen werden ungewöhnlich hinreichen, um irgend einen wirklichen Nothstand, der die Kräfte der ordentlichen Armenpflege übersteigen dürfte, zu begegnen.“ So Mr. Balfour, der wärsige Roffe des Premierministers Salisbury. Unter den Maßnahmen der Regierung“ versteht der Biederndämmer wohl die Erfüllung von Pächterpflichten durch Militär, die Niederknüppelung von Abgeordneten und ihre Prozeßführung. — Die irischen Abgeordneten Dillon und O'Brien, die in Tipperary prozeßirt wurden, haben sich nach Amerika gegeben, um für die Nationalliga Geld zusammenzubringen, zum großen Aerger der britischen Jäger, die jene Belben durch Einverlebung gern an dieser Agitation verhindert hätten. Die Tories rennen mit offenen Augen in den Abgrund.

### Frankreich.

Paris, 11. Oktober. Präsident Carnot untorzeichnete ein Dekret, wodurch die aus Anlaß der letzten Creils verurtheilten Arbeiter begnadigt werden. — Frankreich ist ein „wildes Land“, sagt Herr Pindler.

Calais, 12. Oktober. Die Arbeiter, durch die Kapitalisten schamlos gedrängt, erklärten den Generalkonflikt. Von Nottingham trafen zur Unterstützung 150 Pfd. Sterl. ein, mit dem Besprechen, für jede Streikwoche weitere 1250 Frants für die freitenden Arbeiter zu übersenden, deren Anzahl 1250 beträgt. Die Solidarität der Arbeiter ist nicht an nationale Grenzen gebunden.

Sille, 13. Oktober. Der Sozialistenkongress schloß gestern mit einer großen öffentlichen Versammlung, an der 1200 Personen theilnahmen. Ferroul nahm die Verpflichtung an sich, die Forderungen des Kongresses vor die Deputirtenkammer zu bringen betreffs Aufhebung des Rechtes der Unternehmer, die Fabrikordnung von sich aus zu bestimmen, Verbot der Ausweisung fremder Arbeiter u. s. w. Abdann wurde der 1. Mai zum Arbeiterfeiertag proklamirt.

### Spanien.

Die soziale Frage ist wieder einmal im Handumdrehen gelöst. Dem Erzbischof von Barcelona gebührt der Ruhm, in einer Kommissionsitzung des spanischen Katholikenkongresses vor Saragossa dies Kunststück fertiggebracht zu haben. Man gründete Hilfskassen für die Arbeiter und für nothleidende Unternehmer, stellt diese Gründungen unter die sorgsame Obhut eines hohen Aleras, und die Geschichte ist fertig. Und solche Manzerien hecht man am Ende des 19. Jahrhunderts aus. Die Arbeiter von Barcelona, die Vorkämpfer des Sozialismus in Spanien, werden ihrem Seelenhirten gewiß eine Serenade bringen. Dem Verdienste seine Krone!

Madrid, 13. Oktober. Die Behörden in Barcelona treffen außergewöhnliche Maßregeln gegen das nunmehr häufige Auftreten der Cholera. Obgleich die Regierung die Erhaltung der Epidemie nicht amtlich anerkennen will, wird ein besonderes Spital errichtet. Die ausländischen Konsuln in Barcelona verweigern die Ausstellung von Gesundheitspässen für die ausgehenden Schiffe. Was hilft diese lägliche Vertuschungspolitik? Ohne Lügen und Heuchelei geht es nun einmal nicht.

### Russland.

Wie man uns aus Stockholm schreibt, wird der schwedische sozialistische Schriftsteller, Thuzentat Kund Wiaseff, in den nächsten Wochen eine Agitationsreise durch Finnland unternehmen, um dort öffentliche Vorträge über die Lehren von Karl Marx zu halten. Herr Wiaseff hielt sich mehrere Jahre in London, Paris und Berlin auf, um die Arbeiterbewegung in den drei hauptsächlichsten Industrielandern Europas zu studieren, und ist ein überzeugter Anhänger von Marx. Er wird also jetzt versuchen, dessen Lehren auch in einem unter der Herrschaft des russischen Zaren lebenden Landes Eingang zu verschaffen.



## Der Partei-Kongress.

**Halle, 18. Oktober.** Die Kongressverhandlungen werden überholt durch den Polizeirath von Halle und einen Polizeikommissar. Außerdem sind noch zwei Stenographen von der Polizei gestellt. Die Zahl der Delegirten ist noch nicht mitgeteilt; das es ca. 400 sind.

Um 9 1/2 Uhr eröffnet Singer die Verhandlungen mit Begrüßungsworten an die auswärtigen Gäste. Gefürchten sind bis jetzt:

- La Bour-Paris.
- A. Rindberg-Kopenhagen.
- E. Anseele-Gent.
- A. Wobaki-Warschau; Pokorny-Wien; Hauser-Wien; Adler-Wien; Pranting-Stockholm;
- Domela-Nieuwenhuis-Haag
- Zac-Denercy-Paris.

Sie werden die Uebersetzung davon tragen, — fährt Singer, nach Verlesung der Liste, an die Gäste gewendet fort — daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer internationalen Pflichten ebenso bewußt ist, wie ihrer Pflichten gegen die deutschen Arbeiter. Das Wort unseres geistigen Oberhauptes ist zur Wahrheit geworden: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“ Sodann fordert Singer die Delegirten auf, sich zu Ehren unserer Toten zu erheben. (Geschicht.)

Telegramme sind eingelaufen aus: Floridsdorf, Budapest, Klagenfurt, Barndorf, Villach, Reichenberg. — Bern, Glarus, Yverne, Genf, Basel, Frauenfeld, Chaux des Fonds, Mailand, Modena, Amsterdam, Stockholm, New-York, Milwaukee, Paris, London. Außerdem sind Zuschriften an den Parteitag bereits von der Presse veröffentlicht worden. Aus deutschen Städten sind Telegramme eingelaufen: Königsberg, Pfortheim, Großenhain, Freiburg i. Baden, Wiesbaden, Wilhelmshafen, Frankfurt, Würzburg, Eisenburg, Penig, Ohlau, Pyrmont, Hamm, Calbe a. S., Gochsappel, Dresden, Darmstadt, Altenburg, Ottenen, Jena, Landsberg, Viefeld, Hannover, Vermeilich, Kirchheimbolanden, Ganderhut, Milhausen i. Elb., Lübeck, Passau, Sonneberg i. Th., Pöchlitz, Karlsruhe, Speyer, Mannheim, Dresden, Quakenbrück, Karlsruhe, Hildesheim, Sebnitz, Pfortheim, Solingen, M.-Gladbach, Ronsdorf, Löhde, Solingen, Hannover, Memmingen, Schwanau, Kaiserslautern, Karlsruhe, Hannover, Hof, Baden-Baden, Frankfurter Genossen in Wodenheim, Hamburg, Formar in Lübeck, Barmen, Berlin, Ruhla, Charlottenburg, Ebersbach, und Wandersb. Die Adresse der italienischen Genossen wird auf ihren Wunsch von Adressen-Archiv im Wortlaut verlesen. (Bravo.) Der Verein „Vorwärts“ in Buenos-Ayres schickt seine Grüße.

Domela Nieuwenhuis-Haag (mit Beifall begrüßt): Ich danke dem Kongress für die freundliche Aufnahme, die mir geschenkt. Es ist schwer, in fremder Sprache zu reden, aber nicht hier. Ich fühle mich nicht fremd bei Ihnen. Wir sprechen eine Sprache, die des Herzens. Gruß aus Holland, dem Lande der Freiheit und Revolution. Wir sind stamm- und geistesverwandt. Wir sind nicht Belgier, Holländer, Deutsche, sondern in erster Linie Sozialdemokraten. (Bravo.) Die Sozialdemokratie sei international oder sie sei nicht. Ihre Leiden waren unsere Leiden, Ihre Freuden, unsere Freuden. Sie haben einen großen Sieg errungen, aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Als die Bastille genommen und das Pariser Volk sich der Freude hingab, rief Marat ihm zu: Wartet auf und schaltet nicht ein! Wachen auch wir. Der Feind will uns zerschmettern. Gefährlicher als seine Feindschaft ist seine Freundschaft. Unermüdlicher Kampf, solange noch ein Mensch hungert und ausgebeutet wird! In diesem Kampf stehen wir zusammen. Wir Holländer werden unsere Pflicht thun, und sollten wir untergehen, unsere Fahne bleibt rein. Sie Deutsche sind unsere Brüder! Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie! (Stürmische Hochs.)

Dr. Adler-Wien: Die österreichische Sozialdemokratie weiß, was es bedeutet, daß sie wieder öffentliche Ziele verfolgen können. Wir sind verknüpft mit Ihnen durch eine Reihe enger Beziehungen. Wir wissen, was Sie gelitten haben, wir in Oesterreich vielleicht am allermeisten. Ich will hier nicht klagen, aber erinnern will ich, daß in Oesterreich ein Zustand herrscht, der das Sozialistengesetz noch bei weitem an Schwerkraft übertrifft. Wir haben noch keinen 1. Oktober gehabt. Aber Ihr Sieg ist auch unser Sieg. Wenn es noch länger giebt, wo man durch brutale Zwangspolitik Ideen zu unterdrücken glaubt, der 1. Oktober hat diese Zwangspolitik überall gerichtet. (Bravo.) Der außerordentlichen Verantwortung für die gemeinsame, internationale Partei, die Sie tragen, sind Sie sich bewußt. Die Bewegung in Deutschland ist sich am nächsten über ihre Ziele. So weit sind wir in anderen Ländern noch nicht. Aber hoffentlich ist der Augenblick nicht mehr fern, wo es auch von der österreichischen Sozialdemokratie heißt, daß sie der Ausdruck aller Kräfte des Proletariats ist. Wir wollen von Ihnen hier lernen. Theoretisch und praktisch ist jener Weg, den die deutsche Sozialdemokratie genommen hat, derjenige, den abgeändert nach den besonderen Umständen die Sozialdemokratie aller Länder verfolgen wird. Hoch die deutsche, hoch die internationale proletarische Bewegung! (Stürmische Hochs.)

Werner beantragt, die Frage zu entscheiden, ob die nicht am Beschluß eines Mandats befindlichen Reichstags-Abgeordneten an den Abstimmungen theilnehmen dürfen. Auf Wunsch Auer's wird die Zahl dieser Abgeordneten festgestellt; es sind elf.

Prinz-Frankfurt plädiert für die Stimmberechtigung der Abgeordneten.

Webel konstatiert, daß die Frage durch den Organisationsausschuß entschieden werde. Werner sage nicht, wie er die von ihm angelegte Frage beantwortet, wünsche aber anscheinend, daß die Abgeordneten nicht Stimmrecht haben. Die Reichstags-Abgeordneten haben nun aber, so fährt Webel fort, ein Parteimandat, ein Verbandsmandat im eminenten Sinne, und dem widerspricht es, wenn sie hinter den anderen Vertrauensmännern an Rechten zurückbleiben sollen. Wenn es dazu käme, würde ich es vorziehen, ein parlamentarischer Mandat mehr anzunehmen, um stimmberechtigter Parteigenosse zu sein. (Sehr gut.) Wenn das ist für mich in den meisten Beziehungen mehr werth, stimmberechtigter Parteigenosse zu sein, als in der Fraktion zu sein. (Sehr richtig.) In demselben Sinne sprechen sich auch A. H. N. Langenbielau, Schmidt, Zwidan u. a. aus. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird dann angenommen. Als Antragsteller erhält der Beschluß der Versammlung, in Abweichung von der Geschäftsordnung, noch Werner das Wort. Er protestirt dagegen, daß man ihm ein Motiv unterschiede, zu dem er nicht bekennen will. Er habe lediglich die Frage gestellt und entschieden wissen wollen.

Webel beantragt, dem § 8 des Organisationsstatuts bereits durch den Beschluß über denselben, einseitigen Gültigkeit zuzuschreiben. Dieser Antrag findet die große Mehrheit. Demnach haben die nichtdelegirten Fraktionsmitglieder in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffen-

Fragen nur beratende, bei allen übrigen Fragen nur beschließende Stimme.

Mundberg-Kopenhagen. Ich bringe der deutschen Sozialdemokratie den Dank der dänischen Sozialdemokratie für die Art und Weise, wie sie den Ausnahmezustand überstanden hat. Auch wir hatten Gelegenheit, der deutschen Sozialdemokratie unsere brüderliche Gesinnung zu beweisen, als wir ihr beim Kongress zu Kopenhagen Raum und Gastfreundschaft boten. Die dänische Sozialdemokratie ist mächtig, sie hat bedeutenden Einfluß; nicht nur in den Städten, auf dem Lande hat sie Wurzeln geschlagen. Bei unserem letzten Kongress waren eben so viel Landarbeiter Delegirte als städtische Proletarier. Der ländlichen Arbeiterfrage schenken wir unsere ganze Aufmerksamkeit. Mit Deutschland läßt aber die kleineren Länder freilich nicht mitkommen. Wenn es sich aber darum handelt, die sozialdemokratische Fahne hoch und rein zu halten, dann brauchen wir keinen Vergleich zu scheuen. (Bravo.) Dank an die deutsche Sozialdemokratie!

Beck-Richt: Es ist sehr fraglich, ob es der deutschen Sozialdemokratie noch einmal möglich gewesen wäre, noch einmal auf Schwedens Boden ihren Kongress abzuhalten. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten (Heiterkeit.) Machen Sie nicht das Volk, nur die Regierung verantwortlich. Ich erinnere Sie an die Worte, die Liebknecht gestern gesprochen: Das Proletariat der ganzen Welt blickt auf Sie. Zeigen Sie sich der Ehre würdig, an der Spitze des um seine Befreiung ringenden Proletariats zu marschiren! (Stürmischer Beifall.)

Pranting-Stockholm. Wir wollen alles thun, um in Schweden unsere Bewegung weiterzubringen. Die theoretische Entwicklung ist bei uns der ökonomischen noch voran. Hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie. (Stürmische Hochs.)

Anseele-Gent. Im Namen der belgischen Genossen bringe ich Gruß an die deutsche Sozialdemokratie. Wir haben in Belgien kein Sozialistengesetz, aber ohne Gesetz werden bei uns Versammlungen verboten, der Verkauf unserer Blätter untersagt. Wir haben das Unglück, daß Belgien jetzt das Eden der Kapitalisten ist. Wir wollen, daß es das Eden der Arbeiter wird. (Bravo.) Wir hoffen, daß der nächste internationale Kongress in Brüssel stattfindet. Wenn Sie Ihre Pflicht thun, dann ist der Sieg unser trotz alledem! (Stürmischer Beifall.)

Klein-Berlin wünscht zur Geschäftsordnung, daß der Parteitag gegen die Berliner Genossen keine Voreingenommenheit fallen läßt.

Singer weist die Insinuation im Namen des Parteitages zurück. Gegen keine Gruppe besteht eine Vereinigenommenheit. (Beifall.) Es wird in die Tagesordnung eingetretet.

Webel erstattet den Bericht der Parteitagung. Die Berichtserstattung war unter dem Ausnahmegesetz erschwert, da die Parteitage nicht in regelmäßiger Ordnung stattfanden. Gerade die große Opferwilligkeit, welche unter diesen Verhältnissen durch die Parteitage beansprucht wurde, beweist die innere Kraft der Partei und das macht die Parteitage im Auslande zu Marksteinen in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Wir sind in der Lage, zum ersten Male in Deutschland seit dem Sozialistengesetz zu sagen, und zwar unter Umständen, wie nie zuvor. Ein Rückblick ist wohl angebracht. Webel erinnert an die Opfer, die das Sozialistengesetz gekostet. Circa 80 Genossen wurden während der ersten zwei Jahre gezwungen, Deutschland zu verlassen; keiner ist zurückgekehrt. Es war ein Abbruch, aber die Partei hat das Blut wieder eriegt. Das nach Erlaß des Sozialistengesetzes Vielen Ruthlosigkeit überfiel, wer will das übernehmen? Keine andere Partei hätte ein solches Gesetz überdauert. (Bravo.) Webel zählt die Verbeote, Prozesse, Verurtheilungen auf, welche auf Grund des Ausnahmegesetzes verhängt wurden. Tolle 1500 Personen müssten während dieser Zeit in das Gefängnis. 1000 Jahre Gefängnis würden verhängt. Diese Liste ist aber auch ein Verweis, welche Schläge wir zu pariren wußten. Gedanken wir der Männer, die von außerhalb beständig die Partei anfeuernten, gedanken wir der Männer des „Sozialdemokrat“. Erheben wir uns zu Ehren Aller, die für die Partei öffentlich und geheim gewirkt haben. (Geschicht.) Nie war von einer allgemeinen Verbindung in Deutschland die Rede. Sofort wäre sie entdeckt worden. Nicht einmal ist der Versuch gemacht worden, sie ins Leben zu rufen. Um so größerer Dank, was wir ohne sie geleistet haben. — Neben den Verurtheilungen aber sahen wir in diesen Jahren, daß man sich zu Konzessionen an uns entschloß. Ohne ein Mindestmaß Sozialismus geht es nicht mehr“, meinte Bismarck. Nun, wie er den Sozialismus verstand, wissen wir. Aber wir waren stärker als er. Die öffentliche Meinung, die seit den Attentaten gegen uns aufgebeht war, kam wieder zur Besinnung. Sie erkannte, daß die Behandlung, die man uns andeuten ließ, nicht vereinbar sei mit den Grundfahnen des modernen Staates, und modern muß er sein, will er existiren. Im Jahre 1871 102 000 Stimmen, 1874 352 000, 1877 463 000 Stimmen zählend, sank unsere Zahl wegen des kolossalen Druckes 1881 auf 312 000 Stimmen. 1884 hatten wir uns mächtig erholt. Blätter und Organisationen waren ins Leben gerufen. Wir erreichten 350 000 Stimmen. 1887 hatten wir 763 000, 1 427 000 Stimmen 1890. Wir waren die stärkste Partei Deutschlands geworden. Die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Agitation, die durch unsere Vertreter im Reichstage fortgesetzt wurde, ist sicherlich die Ursache unseres schnellen Wachstums. (Sehr richtig.) Nach meiner Uebersetzung hat die Partei alle Ursache, ihre bisherige Thätigkeit beizubehalten, wie sie ja heute auch von unseren Genossen im Auslande anerkannt worden ist. Der Erlaß vom 4. Februar ist ein großer moralischer Erfolg des Pariser Kongresses. Auch der Ultramontanismus war geübtigt, einen internationalen Kongress abzuhalten, um zu betonen, wie man uns am besten den Fing aus den Segeln nehmen könne. Das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter aller Länder ist seit dem Pariser Kongress gewaltig gewachsen. — Im Jahre 1887 hatten wir auf dem Parteitag keine Gelegenheit, eine Uebersicht unserer Pressorgane zu geben. Das können wir heute. 42 politische und 14 gewerkschaftliche Blätter mit 160 bis 170 000 Abonnenten hatten wir 1878 vor dem Sozialistengesetz. Jeder kann sich genaue Zahlen geben, da nicht alle Blätter zur Mittheilung keine haben. Die Uebersicht, die ich gebe, stammt aus dem Monat September. Es gab 19 täglich erscheinende Zeitungen mit 120 400 Abonnenten, das Blatt mit der höchsten Auflage hatte 32 000, das Blatt mit der geringsten 1100 Abonnenten; 24 politische Wochenblätter, die dreimal erschienen, mit 58 000 Abonnenten, höchste Ziffer 9000, geringste 250 Abonnenten; 6 Wochenblätter erschienen zwei Mal, mit 14 850 Abonnenten, höchste Ziffer 6000, geringste 450 Abonnenten; 10 Wochenblätter mit 60 800 Abonnenten, die ein Mal erschienen, höchste Ziffer 14 500, geringste 1000 Abonnenten. In Summa hatten die 59 Blätter 254 100 Abonnenten. Die Gewerkschaftspressen umfassen ca. 41 Blätter, 17 erscheinen wöchentlich einmal mit 155 850 Abonnenten; das Organ der Bergarbeiter hat 27 000 Abonnenten. Dreimal monatlich erscheinen 2 Blätter mit 4400 Abonnenten. Alle 14 Tage erscheinen 20 Blätter mit 99 750 Abonnenten. Einmal monatlich kommen 2 Blätter heraus mit 1500 Abonnenten. Im Ganzen 41 Blätter

mit 201 000 Abonnenten. Hierzu tritt die „Neue Zeit“ mit 2500, der „Gesellschafter“ mit 19 000, 2 Wochblätter mit 107 000 Abonnenten. Die gegenwärtige Presse repräsentirt demnach zusammen 104 Blätter mit ca. 600 000 Abonnenten. Auch die sonstige Parteiliteratur hat einen mächtigen Aufschwung genommen. Nie sind annähernd solche Auflagen von Parteiliteratur hergestellt worden. Geben wir jetzt unsere Parteiliteratur wieder in Deutschland heraus, so werden wir jede Schrift in wenigstens 20 000 Exemplaren herstellen, während der dem Sozialistengesetz die höchste Auflage 5000 betrug.

Nun der Kassenbericht. In Witten konnten wir für die Zeit vom November 1878 bis 1. August 1880 über eine Einnahme von 37 810 M., in Kopenhagen für die Zeit bis 28. Febr. 1883 über 95 000 M. und über 188 000 M. in St. Gallen berichten. Jetzt haben wir ganz andere Zahlen. Der Wahl- und Diätenfonds hat vom 1. September 1887 bis 30. September 1890 eingenommen: 197 125,30 M. Ausgegeben wurden 78 088,50 M. für Wahlen und 17 800 M. für Diäten. Der Unterstützungsfonds hatte eine Einnahme von 104 241,72 M. und eine Ausgabe von 60 662,10 M. an Unterstühtungen und von 10 163,07 M. an Gerichtskosten. Der Elberfelder Prozeß ergab eine Einnahme von 19 080,85 M. und eine Ausgabe von 13 421,45 M. Wir hatten demnach bei diesem Prozeß 6659,20 M. Ueberschuß. Die vermischten Einnahmen aus Kurzgewinnen etc. — wir müssen unser Geld nämlich anlegen (Heiterkeit), vorsichtig natürlich! — betragen 8884,40 M., die vermischten Ausgaben 12 449,95 M. Hierin liegen die Kosten für die Konferenzen, des Kongresses zu Paris, des Achtstundentages, des Denksteins für Lassalle in Genf, der Druckkosten für die Kongressprotokolle etc. An weiteren Zinsen kamen ein: 6071,65 M. Das Kapital- und Darlehnskonto hatte an Einnahme 41 305 M., an Ausgabe 191 240,25 M. Am 1. September 1887 war ein Kassenbestand von 18 800,80 M. vorhanden.

Alle diese Einnahmen und Ausgaben ergeben 390 509,52 M. resp. 883 325,32 M. Am 1. Oktober 1890 waren 7184,20 M. als Kassenbestand vorhanden. Die wirklichen Einnahmen und Ausgaben belaufen sich ohne Kapital- und Darlehnskonto auf: Einnahme 349,204,52 M., Ausgaben 192 085,07 M. Nach diesem Gesamtergebnisse beläuft sich das Gesamtvermögen auf 157 119,45 M., inkl. Kassenbestand auf 171 829,20 M., die in Werthpapieren und Guthaben vorhanden sind. Das ist eine Summe, wie wir sie nie gehabt haben. Es ist ein recht schönes Handgeld, welches die neue Parteiliste in die Hände (Große Heiterkeit).

Für den Hasencleverfond sind eingekommen 15 388,81 M., für den Kaiser- und Kräftefond 4 099,40 M. Außerdem sind mir zur Unterstützung gemahreger Bergarbeiter 5 909,24 M. übergeben worden. Die so zusammengebrachten Gelder belaufen sich auf 349 729,08 M.

Die Ausgaben, welche die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise angebracht haben für Wahl- und Unterstützungszwecke, lassen sich gar nicht beziffern und sind in die genannten Summen nicht eingeschlossen. Berlin und Hamburg haben zudem die Nachbar-Wahlkreise unterstützt. Auch bei der diesmaligen Wahlagitation sind uns von außerhalb Unterstühtungen geworden, aus Oesterreich, Frankreich, Amerika, Belgien, der Schweiz, ja sogar aus Rußland. Danken wir den auswärtigen Genossen durch Erheben von den Blättern für ihre Opferwilligkeit. (Geschicht.) Nach Abschluß der Wahlrechnungen am 1. April 1890 war die Partei reicher, als am 15. Januar vor Beginn des Wahlkampfes! (Heiterkeit.) Was nun unsere Thätigkeit nach dem Sozialistengesetz betrifft, herrscht allseitig Einverständnis, daß in Bezug auf agitatorische Thätigkeit in ganz anderer Weise noch als bisher gearbeitet werden muß. Der ultramontanen Partei muß gezeigt werden, daß wir ihr wohl etwas anhaben können. (Bravo.) Wir wollen dem Thurn der Zentrums die Spitze geben, sondern das Geschäft des Untergrabens, das wir in den 12 Jahren ja gründlich geübt haben (Große Heiterkeit) bei ihm besorgen. Weiter muß die Landbewässerung in Angriff genommen werden. Ein Blatt für sie muß gegründet und aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden. Dann muß auch ein polnisches Arbeiterorgan gegründet werden. Gerade die polnisch sprechenden Bergarbeiter müssen aufgeklärt werden, in Rheinland und Westfalen, in Oberschlesien, sie sind Bohndrücker und der Zentrumsparthei verfallen. Ein weiteres Agitationsgebiet ist Elbaf-Bothringen. Durch allgemeine Mittel muß dort ein Parteiorgan erhalten werden. Dort muß eine Kaution von 20 000 M. gestellt werden, weil noch die französischen Pressegenossen herrschen, die preussisch-deutsch gehandhabt werden. — Auf dem sozialistischen Gebiet müssen für alle Gewerke Unterstühtungen angefließt werden. Die Segner sagen, die Verhältnisse waren nicht so schlecht. Wir werden durch Thatsachen zeigen, daß sie noch viel schlechter sind. Hierzu brauchen wir einen Stab gebildeter Leute, ein sozial-statistisches Bureau, das sich besonders mit diesen Enqueten befassen soll. Nach allen Richtungen müssen wir thätig sein. Wir müssen und der weltgeschichtlichen Mission bewußt sein, die wir zu erfüllen haben. Den Segnern sowohl wie den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen müssen wir zeigen, daß unser Ruf trotz alledem ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Mit der Prüfung der Kassenverhältnisse hatte die Fraktion — so legte Singer dar — die Genossen Koff, Segel und Ged beauftragt, die sich zu diesem Zweck nach der Schwabegaben.

Ged erstattete nunmehr dem Parteitag den Bericht die Prüfung. Er bestätigte die Mittheilungen Webel's und antrugte sowohl die Decharge- Ertheilung, wie den Dank an Parteileitung für die gute Kassenführung.

Nachdem nunmehr die Diskussion über den von Webel erstatteten Bericht eröffnet worden war, erhielt als erster Redner Trautwein-Quedlinburg das Wort. Der Redner ist ländlicher Arbeiter und beklagt sich darüber, daß die ländlichen Arbeiter sehr durch die Gesunde-Ordnung leiden. Er kündigt den Antrag an, den er mit mehreren anderen ländlichen Arbeitern unter den Delegirten einbringen wird, die Aufhebung der Gesunde-Ordnung anzutreiben. Er ersucht, dem zuzustimmen und die Agitation unter den ländlichen Arbeitern in verstärktem Maße zu betreiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Verhandlung schweifte nunmehr etwas ab; es beantragte nämlich Schmidt-Berlin, zur Schlichtung der zwischen Fraktionsmitgliedern und Berliner Genossen oberschwebenden sachlichen oder persönlichen Differenzen eine Kommission von neun Mitgliedern zu wählen. Schmidt und Wilschke beklagten sich über ungerechtfertigte Angriffe gegen Berlin.

Wollmar befürwortet den Antrag, da er eine friedliche Schlichtung wünscht.

Webel spricht dagegen, da sachliche Differenzen vor den Parteitag gehören, persönliche individuell zu behandeln sind; es komme auch nichts bei dem Antrage heraus.

Nachdem auch Stolte gegen den Antrag gesprochen, wurde er abgelehnt.

In der fortgesetzten Diskussion spricht Harburg-Potsdam. Er verlangt ein recht billiges Blatt für die ländlichen Arbeiter. Die Berliner Genossen hätten die provinziellen vielfach agitatorisch und durch Beiträge zu den Agitationskosten unterstützt; sie möchten an der Agitation außerhalb namentlich in dem Sinne theilnehmen,

dass sie die speziellen Interessen der ländlichen Arbeiter berücksichtigen. (Beifall.)

Werner ist mit dem Besichte Bebel's theilweise nicht einverstanden. Die Fraktion habe am 1. Mai gefestigt dadurch, dass sie zu spät eingriff. Sie habe die Unterstützung der freisinnigen Partei bei den Stichwahlen im Gegensatz zum St. Gallener Kongress angedeutet. Darüber habe Bebel kein Wort gesagt. Am schlimmsten sei die Art des Kampfes, wie ihn einige Fraktionsmitglieder führten. Der Gegenstand der Rede Bebel's bei Lips hätte vor ein anderes Forum gehört. Die Verhöhnung der Partei sei da (Beifall) — er nehme das Wort zurück, doch ein saurer Fleck sei da. Man habe Genossen bezichtigt, dass sie Verbindungen mit dem Wollmarkt unterhielten. Grillenberg habe ihm auf einer Karte geschrieben: „Das Material steht nur für Parteigenossen zu Gebote, für Sie nicht.“ Er, Werner, gehöre nicht zu den alten Parteigenossen, habe aber unter dem Ausnahmegesetz in jeder Weise seine Schuldigkeit getan. Er sei kein Geschäftssozialist; er habe seine Druckerie gegründet, weil er nirgendwo seiner Agitation wegen habe Arbeit gefunden. Er habe sich im „Berl. Volksbl.“, als eine Stelle frei gewesen, als Maschinenmeister gemeldet. Da sei ihm gesagt worden, seine Lohnforderung sei um 3 M. zu hoch. (Auf: Ist eine Lüge.) Es ist wahr —. Seine Angriffe gelten sowohl einzelnen Fraktionsmitgliedern, als namentlich einer gewissen Mittelstellung zwischen Fraktion und Berliner Genossen.)

Ullrich-Apolda glaubte, dass die vorwiegendpersönlichen Angriffe nicht den allgemeinen Parteitag zu beschäftigen hätten. (Beifall.)

Ullrich-Berlin beklagt, dass die Demonstrationen am 1. Mai infolge des Abrathens der Fraktion an Glanz und Bedeutung verloren habe. Das Stichwahl-Kompromiß mit den Deutschfreisinnigen sei zu verurtheilen. Aber von einer Verhöhnung der Partei oder dergleichen dürfe jedenfalls nicht gesprochen werden; gäbe es eine solche, so tröste nicht die Parteileitung ein Wortwort, sondern die Partei. (Sehr richtig.) Auf der anderen Seite habe der „Wähler“ weit über Ziel geschossen, als er Schippel und seine näheren Freunde mit den Anarchisten verneigt habe.

Nachdem gelangte ein Antrag Stadthagen zur Verlesung und wurde durch die nötige Delegirtenzahl unterstützt: eine Kommission von neun Personen einzusetzen, welche die Beschwerden gegen Grillenberg, gegen die von Werner zu benennende Mittelstelle gegen die Personen, welche Schippel verächtigten und die Behandlung des Werner'schen Anstellungsgesuchs beim „Berl. Volksbl.“ prüft.

Emmel-Frankfurt: Es war richtig, dass wir die freisinnigen Sozialistengesetzgegner lieber in den Reichstag bringen wollten, als die Kartellbrüder. Dies war kein Kompromiß; denn wir verlangten keine Gegenleistung von Deutschfreisinn. Nach dieser Rede beantwortete die ländliche Agitation und den so aussichtsreich gewordenen Kampf gegen den Ultramontanismus.

Schulze-Erfurt: Wenn am 1. Mai einig und allgemein gefeiert werden wäre, hätten die Maßregelungen nicht vorzukommen können, ebenso wenig der Hamburger Streik. Wo hätte man die Streikbrecher für Hamburg herbeikommen, wenn man allgemein gefeiert hätte? (Lachen und Unruhe.) Redner wünschte sodann ein spezielles Organ für die Arbeiterinnen, etwa als Sonntagsbeilage für die Parteiblätter, denen es zum Selbstkostenpreis abgegeben werden müsse. Für die Stichwahlen läßt sich, wie man gesehen hat, nichts decretiren.

Japan billigt das Abrathen vor dem Feiern am 1. Mai, das Unternehmlichkeit habe auf das Feiern, als einen Vorwand zu arbeiterfeindlichen Maßnahmen gelauert.

Franz Heer-Berlin weist mit, dass der Entwurf zur Gründung einer Arbeiterzeitung in allen Einzelheiten vorliegt. Gegen den Vorschlag, diese Zeitung als Sonntagsbeilage herauszugeben, erklärt sich Redner. Das Blatt müsse selbstständig sein. Die Genossen sollten nur ihre Frauen ermuntern, dass Blatt zu halten. (Beifall.) Weinade sei es selbst den Reisen der Genossen noch in Wagnis, für die Frauen einzutreten. Die Frauenbewegung müsse noch mehr als bisher von den Männern unterstützt werden. Unterschätzen Sie uns auch materiell, nehmen Sie mehr als bisher Rücksicht auf die Genossinnen. Es wird seine Früchte tragen. (Lebhafte Beifall.)

Die Verhandlungen werden hier unterbrochen. Die Mittagspause tritt ein.

### Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führte Dieb-Hamburg. Er eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Derkel-Nürnberg wird als 9. Schriftführer ins Bureau gewählt.

Telegramme und Zuschriften sind eingelaufen aus: Coburg, Planitz bei Jwidau, Plauen, Hildesheim, Kiel, Bruchsal, Garta, Sozialdemokratische Kaufleute zu Berlin, Glauchau, Ebersfeld, VIII. sächsischer Wahlkreis, Schönbeck, Sonnenberg bei Jwidau, Greiz, Schwabach, Wilsen, Elmshorn, Osterwitz a. H., Verdenburg, Stettin, Stodolador bei Lübeck, Offenbach, Druckerie der „Woll. Fr. Presse“ in Dortmund, Personal der „Thüringer Tribüne“ in Erfurt, Stegmar, Reinsdorf, Arbeiterverein Pöschel, Hagen und Weimung.

Von Nürnberg sind Telegramme eingelaufen von den Wiener Verlauter-Brachern, aus Salzburg und von den Wiener Stellenauf-Knopfarbeitern.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Delegirter G. R. e. r. : Groisich: Die Landagitation ist ebenso wichtig wie schwierig. Wir müssen dem Landarbeiter erst die Gelegenheit zum Lernen verschaffen.

Meyer-Berlin: Mit Werner sind nicht alle Berliner Genossen gleicher Meinung. In Paris war ein allgemeines Feiern am 1. Mai nicht beschlossen worden. Die Opposition in Berlin ist auch viel älteren Datums; ich erinnere an die Agitation gegen die Stadtverordnetenwahlen. Die neuen Punkte sind Vorwände. Möge die Kommission zusammentreten und streng prüfen! (Beifall.)

Woldecker-Karlruhe: Bebel konnte in der kurzen einer Stunde nicht mehr bieten, als er geboten hat. Berühmte waren seine Angaben, wie er sich den Kampf in Zukunft te. Die Parole der Fraktion zum 1. Mai war richtig, ebenso Beschluß wegen der Stichwahlen. Wir in Baden sind sehr leidet mit ihm. Die Verhältnisse hatten sich eben seit Gallen geändert. Würden die Berliner mit mehr Ruhe auf den, würden sie mehr erreichen. (Beifall.)

Gronz-Chemnitz: Bebel wird sicherlich auf die Frage der Stellung der Fraktion zu den Stichwahlen und zum 1. Mai wohl noch zurückkommen. Die Parteileitung ist nicht unfehlbar; man kann mit Ruhe über etwaige Fehler sprechen. Die Berliner hätten ja selber Stellung zum 1. Mai nehmen können (Auf: Ist ja geschehen.) In der Frage des 1. Mai haben wir eine schriftliche Abstimmung veranlaßt. Zwei Drittel der Arbeiter waren gegen die Feiern. Hätten die Berliner doch ohne einen Rath der Fraktion abzuwarten, eine ähnliche Abstimmung veranlaßt. Was den Fall Schippel betrifft, so ist es Thatsache, dass er leider von verschiedenen Seiten verdächtigt worden ist. Einige Leute aus dem hohen Norden sagten sogar, die Schreibweise der „Tribüne“ sei so, wie sie andere Blätter nicht wagen dürften. Nun, von den Verdächtigungen ist nichts an Schippel hängen geblieben. Redner sagt, dass die Abgeordneten nur in den großen Städten, zu wenig in den kleinen sind.

Wend-Berlin: Redner hat ganz zutreffend gesagt, dass die Parteigenossen Berlins durchaus nicht alle auf dem Standpunkte Werner's stehen. Werner spricht hier immer im Namen Berlins; er ist aber in Teltow-Beeskow gewählt. Die Opposition in Berlin ist von wenigen Reuten künstlich erzeugt. Berlin ist durchaus nicht das Herlager der Opposition. Die Opposition sagt zu jedem, welcher der Ansicht der Fraktion sich anschließt, er gehöre zur „Hammelparde“. Dagegen protestire ich. Nicht die Parteileitung hat in Sachen der Stichwahlen den Fehler gemacht,

sondern der Kongress zu St. Gallen. Wir müssen uns mit unserer Taktik den Verhältnissen anpassen. Gerade unsere Taktik bei den Stichwahlen hat den Fall des Sozialistengesetzes mit herbeigeführt. (Sehr richtig.) In der Frage des 1. Mai wurden sofort, als der Kongress zu Ende war, bevor man noch den genauen Wortlaut der Beschlüsse kannte, Versammlungen einberufen und beschloffen, den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Man war förmlich wild; wie eine Epidemie verbreitete sich die Meinung, den 1. Mai durch Arbeitsniederlegung zu feiern. Wer mag sich genau die Folgen überlegt haben? Ich war sehr zufrieden damit, als die Fraktion zum 1. Mai Stellung nahm. Ich habe meine Meinung ausgesprochen, nicht im Horn der Fraktion gestochen, und meine Meinung ist die Meinung der übergroßen Majorität der Berliner Parteigenossen. (Lebhafte Beifall.)

Gewehr-Ebersfeld: Der Aufruf der Fraktion zum 1. Mai ist zu spät gekommen.

Fell-Weipzig: Eine Beleidigung zwischen Personen ist nicht so wichtig, dass sie vor den Parteitag gehört. Von der Fraktion ist alles getan, um unseren Wünschen gerecht zu werden. Die Verzögerung, welche der Fraktion in Sachen des 1. Mai vorgeworfen wurde, erkläre sich aus den besonderen Umständen, Vorbereitungen für die Reichstags-Wahl etc. Eine unehrenhafte Handlung, ein Verstoß gegen das Programm sei keinem Fraktionsmitglied vorzuwerfen. Die Angelegenheit der Stadthagen'schen Flugblätter für die Stichwahl sei die einzige, die der Parteitag in dieser Beziehung zu erledigen hätte.

Ein Schlusstrang wird abgelehnt.

Grillenberg-Nürnberg: Auf die Vorwürfe, welche der Parteileitung wegen des 1. Mai und der Stichwahlen gemacht worden sind, gehe ich nicht ein. Nur auf die persönlichen Angriffe Werner's antworte ich. Einem Theils der Abwehr bin ich durch die Reden Berndt und Meyer entbunden. Es ist in der That nur ein kleiner Kreis in Berlin, der die Opposition macht. Ich für meine Person erlaube mir eben, Herrn Werner nicht als Parteigenossen anzusehen. (Auf: Oh!) Ich schrieb ihm die Postkarte, weil er, der mich grüßlich beleidigt hatte, bei mir anfragte, wer der Verfasser eines Artikels sei. Ich habe, als die Opposition der sogenannten Jungen, das radaumäßige Treiben gewisser Elemente, in der Provinz Entrüstung und Verwirrung erregte, in einer Rede von den jungen Studenten gesprochen, die bei Erlass des Sozialistengesetzes spurlos verschwanden. Eine Klippe betrifft die Verleumdung der Fraktion, so daß die Vermuthung nahe liegt, hier ständen unlauntere Elemente hinter den Kulissen. Sollte Werner die Einsetzung einer Kommission nicht beantragen, so hätte ich es getan. Dort werde ich die Beweise bringen. Ich werde Beweise bringen, daß auch der Vorwurf des Geschäftssozialismus Werner trifft. (Werner: Da bin ich neugierig.) Eine Erklärung von mir wurde im „Berl. Volksbl.“ nicht abgedruckt, darüber erbeide ich Beschwerde. Dagegen war ein größlicher Angriff Werner's gegen mich abgedruckt worden. Noch andere Dinge liegen gegen Werner vor, die mehr auf persönlichen Gebiete liegen, mehr allgemein-menschlich beurtheilt werden müssen. (Werner: heraus damit!) Auch dafür werde ich in der Kommission Beweis erbringen. (Lebhafte Beifall.)

Stolle-Sagan: Persönliche Angriffe gehörten nicht hierher; Grillenberg ist provokirt worden. Niemand hat die Parteileitung, niemals die Fraktion sich gegen die „Berliner Volkstribüne“ erklärt.

Siebnacht: In einem Artikel des „Leipziger Wähler“, der von mir herrührt, ist ausgeführt, daß vor einigen Jahren in Berlin, als noch anarchisierende Elemente vorhanden waren, die Taktik der Wahlenthaltung propagirt wurde. Das war gewiß der Fall, richtete sich aber nicht gegen die heutigen Personen. Wer die Vertheiligung an den Parlamentarismus verwerft, der tritt der anarchischen Taktik bei. Der Fraktion vorwerfen, daß sie mit dem Kopfe nicht durch die Wand gehen wolle, heißt ihr vorwerfen, daß sie vernünftig ist. Von der Opposition habe ich in Berliner Versammlungen noch nichts bemerkt. Die Taktik, die von den „Jungen“ verschämmt empfohlen wird, ist auch auf anarchischen Boden gewachsen; nur ist sie unreif. Das sind „alle Kamellen“ für uns. Most hat sie viel logischer auseinandergesetzt. Appelliren wir an die Gewalt, wofür, so müssen wir uns gefaßt lassen, daß unsere Gegner auch Gewalt anwenden. Wir sind 20 Prozent, sie 80 Prozent; sie haben die Soldaten. Sie werfen uns nieder; sie schiden uns in den Kerker, oder richtiger in ein Narrenhaus. Denn Narren wären wir, wenn wir an die Gewalt appellirten. (Lebhafte Beifall.) Nein anders müssen wir vorgehen: Wir müssen die 80 pCt. werden. Wir müssen die Köpfe und die Herzen gewinnen. Denken Sie an die Chicagoer! Dort der Appell an die Gewalt und die Bewegung erdrückt, auf lange Zeit niedergedrückt! Und hierzu nehmen Sie unsere Macht in Vergleich! Sollten wir uns den Vorwurf der Korruption ruhig gefallen lassen! Die freie Kritik wollten wir nicht verstreuen. Kritischen Sie, aber schänden Sie unsere Partei nicht! Sprechen Sie nicht die elenden Verdächtigungen der Gegner nach! Das erbittert uns. Der ist kein Parteigenosse, der die Partei schädigt. Als die Gegner frohlockten über die Spaltung, da sollten sie innehalten, sich bedenken. Wer es nicht thut, der stellt sich außerhalb der Partei, der ist ihr Feind! (Stürmischer Beifall.)

Höpner-Dresden-Land vertheidigt die Haltung der Fraktion.

Webel: Zunächst einige Worte zu dem Antrage, daß in Rücksicht auf die ängstigen Klassenverhältnisse der Partei die vorhandenen Wahlkreise schwacher Wahlkreise aus der allgemeinen Klasse gedeut werden. Dieser Antrag ist nicht zu billigen. Können Genossen ihre Schulden nicht decken, so sollen sie sich an die Parteileitung wenden; sie wird ihren Wünschen entgegenkommen. Dem Antrage Stadthagen stimme ich bei. Gewisse Vorkommnisse und gewisse persönliche Verhältnisse einzelner Mitglieder der Opposition müssen geprüft werden. Die Beschuldigungen Werner's sind kleinlicher Natur, man begreift nicht, wie er Dinge, die in einem Kaffeeklatsch gehören, vor den Parteitag vorbringen kann. Damit kann man keine Opposition begründen. In der Versammlung bei Lips, trat Werner, der mit den niedrigsten, schändlichsten Verleumdungen gegen mich aufgetreten war, der ich als bester Feind des Autoritätenlusts aufspielte, an mich heran, und verlangte, ich sollte durch meine Autorität der Opposition Gehör schaffen. Der Opposition ist durch die vortreffliche Leitung Jubel's reichlich Gelegenheit gegeben worden, zu spezen. Mit unwürdigeren Mitteln hat keiner aus der Opposition gegen mich gearbeitet, als Werner. Ich bitte die Kommission, mich zu vernehmen. (Beifall.) Wenn Schippel glaube, sein Recht werde ihm nicht in der Fraktion, so konnte er selber sprechen. Sondern, daß Werner sich zu seinem Anwalt aufwirft. Schippel würde selber gesprochen haben, wenn er glaubte, seine Ehre sei gekränkt. Nie ist die Ehre der Partei so beleidigt worden, wie in den letzten Monaten. In der Fraktion ist auch nicht alles immer einig. Da liegen sich die Alten in den Haaren. Ich wollte jetzt auf die Einwürfe eingehen, die gegen die Fraktion erhoben worden sind, aber meine Nothzeit ist um. Deshalb die kurze Erklärung, daß ich in meinem Referat de. halb diese Punkte nicht berührt habe, weil mir die Knapp zugemessene Zeit es nicht erlaube, und weil ich wüßte, daß es in der Debatte doch zur Sprache gebracht werden würde. (Stürmischer Beifall.)

Ein Schlusstrang wird abgelehnt.

Gottschalk-Hamburg: Auch der zweite Hamburger Wahlkreis hat erklärt, daß das Vorgehen der Fraktion in Sachen des 1. Mai zu spät erfolgt ist. Dadurch haben sie uns in Hamburg einen schweren Schlag verfehlt. Wir Hamburger halten auch fest an den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages in Sachen der Stichwahlen. Wir haben nichts gemeinsam mit den Freisinnigen. (Beifall.) Was die persönlichen Streitigkeiten anbetrifft, so wünschen wir, daß sie gerecht untersucht werden.

Hillmer-Hamburg vertritt denselben Standpunkt. Seitens einiger Fraktionsmitglieder sei in unerhöhter Weise in Hamburg

von den Vorrechten der Berliner gesprochen worden, so daß zumal eine Kommission nach Berlin geschickt wurde. Deshalb genaue Untersuchung.

Ein Schlusstrang wird abgelehnt.

Stolte-Bielefeld wendet sich gegen die Doppellandabatur-Bollmar habe sich in München und Magdeburg aufstellen lassen. Die Doppellandwahl habe viel Geld gekostet. Dazu müsse die Parteitag Stellung nehmen.

Jubel beschäftigt sich mit den Berliner Vorgängen, der Versammlung bei Lips. In Sachen des 1. Mai könne die Fraktion die Schuld nicht von sich abwälzen. In einer Millionenstadt lasse sich keine schriftliche Abstimmung über die Feiern des 1. Mai herbeiführen. Die Deutschfreisinnigen sind auf's Heftigste zu bekämpfen. Bekämpfe ich sie bei der Hauptwahl, so kann ich sie bei der Stichwahl nicht empfehlen. Es war nicht richtig, daß die Arbeiterinnen nicht ausdrücklich zu diesem Parteitag eingeladen wurden. Füllen Sie kein falsches Urtheil über die Berliner. Wir haben furchtlos und treu gekämpft.

Singer: Die beiden sächlichen Bedenken, die gegen die Haltung der Fraktion laut geworden, sind wichtiger, als die persönlichen Auseinandersetzungen. Als in St. Gallen der Beschluß gefaßt wurde, gehörten Bebel und ich zu den lebhaftesten Befürwortern desselben. Damals war keine Aussicht, daß je das Sozialistengesetz fallen würde, daß wir uns auf dasselbe einzurichten hätten. Damals war es gerechtfertigt, den Beschluß zu fassen. Inzwischen haben sich die Dinge geändert. Als nach dem 2. Februar die Möglichkeit da war, eine Majorität gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu schaffen, da fragten wir uns, ob wir den Selbstmord an der Partei begehen und diese Majorität durch Festhalten an dem St. Gallener Beschluß zu verhindern. Anregungen kamen aus vielen Wahlkreisen. Deshalb beschloß das Zentral-Wahlkomitee einstimmig, das Eintreten für die Deutschfreisinnigen bei den Stichwahlen zu empfehlen. Wir wollten den Strid des Sozialistengesetzes, der um unsern Hals lag, nicht selber zugießen. Wir wußten, daß wir dem Parteitag Rechenschaft ablegen müßten. Wir hoffen aber, daß der Parteitag in ruhiger Erwägung der Gründe unser Vorgehen gutheißen wird. In Sachen des 1. Mai will ich gern zugeben, daß es besser gewesen wäre, wenn die Fraktion früher gesprochen hätte. Aber die Ereignisse überstürzten sich. Es kam die Wahlagitation; die elf Mitglieder der damaligen Fraktion hielten sich in dem Augenblicke, wo ihnen Mandate in der Luft schwebten, nicht für berechtigt, in dieser Frage zu entscheiden. Dann aber, als die Wahlen vorüber, thaten wir Alles, um so schnell wie möglich zum Entschluß zu kommen. Falsch ist die Behauptung, daß die Beschlüsse des Pariser Kongresses nicht im Wortlaut bekannt gewesen wären. Sie lagen in richtiger Uebersetzung im „Berliner Volksblatt“ vor. Hätten wir uns anders entschieden, so würden nicht nur die Hamburger, sondern 100 000 Genossen aus 150 großen Städten, nicht in den kleinen Orten mit schwacher Organisation möglich. Daraus mußte die Fraktion mit Rücksicht nehmen. (Lebhafte Beifall.)

Schmidt-Berlin: Die Berliner haben allerdings zu verschiedenen Malen im Widerspruch zu der Fraktion gestanden. Nicht um Opposition, sondern um Kritik handelte es sich. Wir hatten den schwersten Kampf mit der Polizei. Heroische Parteigenossen haben während des Sozialistengesetzes leidet an der Stelle gestanden, wo sie hingehörten. Bei dem Punkte „die parlamentarische Thätigkeit der Partei“ werden die Grundsätze auseinandergesetzt werden, weswegen wir in Berlin gegen die Stadtverordneten-Wahlen waren.

Ein Schlusstrang wird abgelehnt.

Tätow-Berlin: Die Fraktion hat ihre Schuldigkeit getan. Fehler begeht jeder. Aber sie müssen sachlich gerügt werden. Nicht die einzelnen Schreier machen die Berliner Partei aus.

Jöst-Mainz: Er habe sich davon überzeugt, daß ein Theil der Berliner Genossen gegenüber die höchste Voracht geboten sei. Freilich gehörten nur wenige zu der Werner'schen Komposition. Die schärfsten Beschlüsse in Sachen der Stichwahl werden, die Erfahrung gelehrt hat, von den Parteigenossen einfach nicht respektirt. Die schlauen Berliner, die keine Autorität anerkennen wollen, daß wir sie als Autoritäten anerkennen. Berlin ist nicht Deutschland. Ihr Blick reicht nicht weiter als das Bild der Stadt Berlin. (Beifall.)

Schippel: Zwei Erklärungen lassen Sie mich abgeben. Die „Berliner Volks-Tribüne“ hat die Kritik wegen der Kampfspenden Liebknecht's im dänischen „Sozialdemokrat“ zu einer Zeit gebracht, als ich nicht mehr der Redaktion angehörte. Ich bin auch in Bezug auf die Person des jetzigen Redakteurs kann ich die Versicherung abgeben, daß ihm eine böse Absicht gänzlich fern gelegen hat. Weiter: mit der Resolution Stadthagen, welche die Einsetzung einer Kommission wünscht, habe ich nichts zu thun. Ich würde mich gegen ihre Wahl erklären, wenn ich nicht so meiden würde, daß es heißt: Der Schippel genirt sich, er Grund sich zu fürchten. Viel wird aus den Verhandlungen der Kommission nicht herauskommen. Der bis zum heutigen Tage die Wichtigkeit des Veredes von meiner Verbindung noch nicht gesehen hat, der ist nicht zu befehren. Näheren wir alte Dinge nicht mehr auf; sie sind geschehen, sie können nicht mehr geändert werden.

Grothe-Halle: Als Ausgewiesener habe ich und habe manche andere oft mit Befremden und Bedauern die Vorgänge in Berlin betrachtet. Grillenberg's Anklagen sind begründet, heißt Maßhalten. In Berlin hoffte ich, das Morgenroth der sozialistischen Zeit noch zu erleben; ich ward anderer Ansicht, ich drängen sah, was alles noch zu thun ist. An der Genossenschaft des leichtfertigen Verdächtigen trägt freilich das Aussehen die meiste Schuld. Möge die Berliner Opposition sich der Stimmung der Gesamtpartei unterordnen, sich nicht auf's Jollischemel setzen, dann wird die Parole Bebel's: „Vorwärts“ sich am besten besorgen lassen. (Beifall.)

Eine Anzahl Redner verzichtet. (Beifall.)

Küdt-Heidelberg: Mögen Fehler vorgekommen sein, war es nicht am Plage vor ganz Europa die Partei an den Branger zu stellen. (Lebhafte Beifall.) Hier war das Problem die Fragen zu behandeln. Fort mit der Verleumdung, die die Segner. — In Sachen können wir kein Blatt halten; es muß darüber gesprochen werden, ob nicht doch von der allgemeinen Parteifrage Unterstützung erfolgt.

Werner-Magdeburg erklärt sich unter lebhaftem Beifall gegen das gefällige Vorgehen der Opposition.

Werner-Berlin: Meine Herren, ich weiß nicht, ob noch Parteigenossen sagen darf. Bebel sprach vom Kaffeeklatsch der Opposition. Ich wollte bezwecken, daß die vorher ins Leben gefallene Kommission zu Stande käme, daß dort die persönlichen Angelegenheiten geregelt und geschlichtet würden. Wenn Parteitag gesprochen hat, dann ist die Streitart begraben. Die Angelegenheiten konnten nicht öffentlich behandelt werden. Opposition war nicht zentralisirt, nicht vorbereitet. Jeder Parteitag einzeln. Ich gehöre zur Opposition, weil ich System der Abschaltung bekämpfe. Nicht jeder, eine andere Meinung hat, sollte durch Schlagworten „Polizei-spindel, Anarchist mundtot gemacht werden. Sonst“ sich keiner mehr, der Opposition macht, und das frisch pulsende Blut wird die. Die Opposition besteht in Berlin seit Damals wurde von uns von den Anarchisten verlangt, sollten ihnen Vorkammdienste leisten. Ich war ein Gegner. Ich bin kein Anarchist und bleibe Sozialdemokrat. Örtlichen Gründen waren wir gegen die Vertheiligung an den Kommunalwahlen. Als aber im letzten Jahre eine Versammlung die Vertheiligung ansprach, wurde kein Widerspruch mehr laut. Grillenberg gehe ich nicht ein. Das gehört in die Kommande-Berlin hat sicher nicht im Sinne dixer gesprochen, hingeführt haben. Grillenberg sollte auf Beschluß der Parteitag Parteigenossen eine Klage erlangen und die Berliner Parteitag

darf einreden. Eine Schmach für die Partei war unser Auftreten nicht. Das Recht der freien Meinungsäußerung darf nicht verschmäht werden. Es hätte der Partei nicht geschadet, wenn die Redakteure des „Sächs. Wochenblatt“ und der Magdeburger Volksstimme bis zum Parteitag in ihren Stellungen geblieben wäre. Nicht alle unsere Einwendungen sind im „S. Volksbl.“ abgedruckt worden. — Für die landliche Agitation, die wir genau kennen, haben wir viel getan. Wir in der Opposition sind durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Wille ist anderer Meinung über den Parlamentarismus als ich. Max Baginski und Wildberger stimmen mit ihm nicht überein. In Sachen des 1. Mai schildert W. die Pariser Konferenz. Alles sei überflüssig worden. Erst wurde über lange Resolutionen abgestimmt, dann debattiert. Alle waren im Unklaren, was sie alles beschlossen hätten. Vom August bis zum Februar war lange Zeit für die Fraktion, Stellung zu nehmen. Erst mußte im April die Erklärung in der Berl. Volks-Tribüne die Anregung geben. Da bekamen die Unterzeichner sofort etwas auf die Finger. Wir haben vielleicht den Fehler gemacht, uns nicht zuvor an die Parteileitung zu wenden. Die Fraktion ist zu spät gekommen mit ihrer Erklärung; sie schadet der Gewerkschaftsbewegung. Ich soll versucht haben, in Magdeburg die Parteiführer in Mitleid zu bringen. Ich habe nur gesagt, wie leicht es sei, das Gerüchte entstehen. Wählen sie unbefangene Leute in die Kommission.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Liebknecht, daß Schupel ihn mißverstanden habe. Der jetzige Redakteur der Berl. Volks-Tribüne sei gezwungen worden, die schmachvolle Note aufzunehmen.

Das Schlußwort erhält Liebknecht. Er wählt die Kommission morgen früh. Wir müssen vorsichtige Wahl treffen. Nehmen Sie zuerst Rücksicht auf die Parteileitung. — Auch nicht ein Wort ist aus der Rede Werner's hervorgegangen, das die Angriffe der Opposition rechtfertigen könnte. In Sachen des 1. Mai und der Stichwahlen sind Meinungsverschiedenheiten notwendig. Gegen die Herren der Opposition diese Fragen in Betracht, so hätte Niemand etwas dagegen gehabt. Sie kamen aber nur mit persönlichen Angriffen, für welche sie nicht einmal den Versuch machten, die hiesigen Verhältnisse am Parteitag vorzunehmen will, kann den Parteileiter vernichten. Sachlich rügt die Opposition die Haltung des Zentral-Ausschusses bei den Stichwahlen. Das wird als Kardinalverbrechen an der Partei hingestellt. 18 Jahre lang vor St. Gallen galt die von uns empfohlene Taktik. Es konnte sich also um keinen prinzipiellen Fehler handeln. Mit dem was die Opposition über die Deutsch-Französischen sagt, sagte sie uns wahrhaftig nichts Neues. Für uns steht die Frage, ob wir den Boden uns durch eigene Schuld unzulänglich gelassen wollen, den wir bearbeiten wollen. In St. Gallen dachte ich, daß es für uns für immer gleichgültig sein würde, ob ein deutsches liberaler Männer mehr oder weniger im Reichstage sitzen. Ich habe mich geirrt, ich gelte es offen. Die Situation konnte niemand voraussehen, vor der wir uns 1890 im Februar befanden. Wir hätten die Majorität der Parteigenossen nicht hinter uns gehabt, wenn wir die entgegengesetzte Taktik empfohlen. Wir haben mit vollem Bewußtsein gegen den St. Gallener Beschluß verstoßen. Aus zahllosen Wahlkreisen kamen die Briefe an das Zentral-Ausschusses, welche die Anfechtung des St. Gallener Kongresses verlangten. Und liegt daran, daß wir wissen, ob Sie unsere damalige Taktik billigen. Ich beantrage, da ein Mann aus der Opposition sein Mißtrauensvotum beantragt und es so zur Aufhebung gebracht hat, eine Resolution, welche formell die Billigung des damaligen Ausschusses des Zentral-Ausschusses in Rücksicht auf die Verhältnisse durch den Parteitag ausspricht. Liebknecht gibt Johann eine ausführliche Darlegung der Umstände weshalb sich der Beschluß der Fraktion in Sachen des 1. Mai verzögert habe. Vor ihrer Erklärung hätten sich die Berliner Genossen an den Parteivorstand wenden und fragen können, ob er nichts zu thun gedenke. Das gibt ja auch Werner zu. Die Hamburger mit der besten Organisation, mit gefüllten Kassen haben den Kampf aufgenommen und sind unterlegen. Der Sündenbock ist die Fraktion sein. Die Schuld aber trägt der wirtschaftliche und industrielle Niedergang. Mit Vergnügen warf die Bourgeoisie Zehntausende auf das Pflaster, weil sie wußte, daß sie faule oder halbfaule Zeiten für ihre Fabriken zu erwarten hatte. Dieses Moment konnten wir nicht an die große Glocke hängen, aber aus unserem Ansehen konnte es herausgelassen werden. Haben wir die Genossen aufgefordert, nicht zu feiern? Nein, wir riefen ihnen es zu thun, wo sie es mit Rücksicht auf Erfolg thun konnten. Das war in den großen Städten möglich, aber nicht in den kleineren.

(Bei Abgang des Bericht's [1/8 Uhr] dauert die Sitzung noch fort.)

Halle, 12. Oktober. (Privat-Telegramm des Berliner Volksbl.) Liebknecht beantragt Billigung des Verhaltens der Fraktion in Sachen der Stichwahlen und der Feler des 1. Mai. Mit unserer Majorität angenommen. Resolution Nudert, Heideberg: Genereller Tadel der „Jungen“, einflusslos zurückgeschickt. Gea-Offenburg beantragt Bekämpfung des Kasiners, einstimmig angenommen. Wahl der Untersuchungskommission aus 9 Personen wird beschlossen. Schluß 8 Uhr.

### Lokales.

Auch die Bourgeoisie ist dankbar. Heute wird im Thiergarten das Denkmal für Lessing enthüllt. Dem Verfasser des Raalon, der Hamburger Dramaturgie, der Emilia Galotti, des Nathan und des Ant 0 ca. — steht die heutige Gesellschaft ein Denkmal! Welche Lessing geahnt haben, wie man im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts sich mit der Reform der Menschheit beschäftigt, wie seine Hamburger Dramaturgie mit ihren Theaterreformen auf die heutige Kritikerklique gewirkt hat, wie heute der Wälschlich-prenschische Dichter Herr „von“ Willenbruch den Despotismus gererbemäßig verherrlicht, wie man in unserer allumfassenden Humanität die Ideen, die im „Nathan“ ausgeföhrt sind, beherzigt, wie wir heute noch in „unserem“ Eröder einen lebendigen Pastor Goetze unter uns zu wandeln haben — wahrhaftig: Gotthold Ephraim Lessing hätte vielleicht manches seiner Werke ungeschrieben gelassen.

Damit auch nur ja kein Arbeiter die Bourgeoisie und ihre Handlanger bei der Festlichkeit beobachten kann, hat man dieselbe auf einen Wochentag statt auf einen Sonntag verlegt.

Das Kapital und der Großbetrieb sangen an, selbst den Geheimnissen Konkurrenz zu machen. Die „Voss. Zig.“ bringt folgendes Inserat:

Privat-Klinik für Frauenleiden und diskrete Geburten. Schöne Lage, Haus des Arztes. Näheres Prospekt, Anfragen 2c. Damit übersteumpft der Arzt die Hebammen, welche das folgende Inserat der Zeitung anvertraut hat:

„Damen besserer Stände finden Rath und Ausnahme zur Niederkunft unter amtlicher Diskretion Berlin, Friedrichstr. 16, Hebamme.“

Während muß das Geschäft sein, wenn eine Klinik dafür betrieben werden kann. Unsere Damen der besseren Stände wenden sich, wie man aus den Inseraten schließen muß, der produktiven Thätigkeit sehr eifrig zu. Warum sie sich aber so sehr zu scheuen scheinen, das Produkt zu verheimlichen, wofür die Hebamme in der Friedrichstraße sogar amtliche Diskretion zugesichert, ist nicht recht verständlich, sagt der Schuhmacher doch,

wenn der Schuh fertig ist: „Gottlob, der Schuh ist fertig.“ warum eine Dame der besseren Stände nicht auch: „Gottlob, d.....“

**Der Löschpinsel.** Es ist jetzt öfter bei Wohnungsbränden von dem Löschpinsel, welchen die Feuerwehre bei sich führt, die Rede. Ein solcher Löschpinsel, der jeden Tag in die Hand genommen wird und doch als ein solcher noch nicht vorgestellt ist, befindet sich in jeder Wohnung. Es ist das, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, der Haarbürsten; den ergreife man sofort, insbesondere bei Gardinenbränden, tauche ihn in einen Eimer mit Wasser, der ja auch in jedem Haushalt da ist, oder in die Wäschschüssel, je nachdem das eine oder andere zuerst zur Stelle ist. Dieser Löschpinsel mit seinem praktischen langen Stiel löst und reißt jeden brennenden Stoff herunter, er ist die erste, einfachste und beste Hilfe beim Ausbruch von Zimmerbränden.

**Ein Greis durch Ueberfahren getödtet.** Am gestrigen Sonntag Abend gegen 7 Uhr der Omnibus Nr. 81 der Linie Potsdamer Brücke-Küstriner Platz in der Richtung nach letzterem die Stralauerbrücke passirte, lief ein alter Mann, welcher vor dem Hause Nr. 4 den Damm passiren wollte, förmlich in das Gefährt hinein, so daß er niedergedrückt und überfahren wurde. Das Hinterrad des schweren Wagens ging dem Manne über Brust und Hals, so daß der Tod auf der Stelle erfolgte. Die Leiche wurde in ein benachbartes Haus getragen und von da in der neunten Stunde nach der Morgue überführt. Der Verunglückte ist, wie festgestellt wurde, der 78 Jahre alte Schneidermeister Kaschdewski, der in der Alexanderstr. 20 gewohnt hat.

**Auf frischer That ergriffen.** Vorgehen nachmittags bemerkte ein Polizeigenosse, wie zwei Frauenpersonen in der Königsstraße an einem Mann, die vor den Schaufenstern stehen geblieben waren, in verdächtiger Weise zu schaffen machten und bei schärferer Beobachtung sah jener Agent auch, wie das eine der Frauenzimmer, das — nach richtiger Diebesart — zur Verbedung ihrer Manipulation ein Tuch um den rechten Arm geschnitten hatte, einer Dame ein Portemonnaie aus der Kleider Tasche entstahlte. Er folgte der sich entfernenden Diebin und hielt sie ganz unerwartet fest, so daß dieselbe nicht im Stande war, sich des gestohlenen Portemonnaies, das sie noch in der Hand hatte, zu entledigen; trotz dieses zwingenden Beweises leugnete die Person den Diebstahl und behauptete, daß sie dasselbe gefunden habe. Auf der Reiterwache, wohin die Diebin gebracht worden war, nannte sie sich Katharina Pirat aus Plessen und behauptete, daß sie erst am vorherigen Tage aus Posen nach Berlin gekommen sei. Es ist jedoch festgestellt, daß sie bereits am 9. d. M. in der Königsstraße den Versuch gemacht hat, eine Dame zu bestehlen, durch die Aufmerksamkeit derselben hieran aber verhindert worden ist. Die Polizeibehörde nimmt an, daß dieser abgefeimten Diebin die vielen Taschendiebstähle zur Last zu legen seien, welche in letzter Zeit insbesondere in den Markthallen verübt worden sind.

**Einen Beitrag mit einer „Glüthe“** versuchte am Sonntag Abend ein elegant gekleideter junger Mann. Derselbe forderte am Grünen Weg ein ihm ganz fremdes zehnjähriges Mädchen auf, ihm aus einem nahegelegenen Laden Zigarren zu holen, und gab der Kleinen zur Bezahlung eine Spielmarke, welche einem goldenen Fünfmarsstück ähnlich sah, mit dem Bemerkten, daß sie ihm die Zigarren und das überschüssige Geld nach einem benachbarten Hausflur, in welchem er warten wolle, bringen möge; er versprach ihr ein Zehnspfennigstück für die Besorgung. Die Verkäuferin in dem Zigarrengeschäft erkannte jedoch sofort die Werthlosigkeit des von dem Mädchen überreichten angeblichen Fünfmarsstückes und begab sich deshalb, nachdem sie den Sachverhalt erfahren, mit dem Kinde auf die Straße, um den betreffenden Auftraggeber festzunehmen zu lassen. Der junge Mann muß wohl das Wohlgefallen seines betrügerischen Planes beobachtet und sich infolge dessen aus dem Stande gemacht haben, denn von ihm war keine Spur mehr zu finden.

**Das Gerücht von einem Kindesmorde** zirkulirte vorgestern Abend, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, in der Wichmannstraße und deren Umgegend. Die sofort angestellten kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß lediglich ein Unglücksfall, hervorgerufen durch eine allerdings kaum entschuldigbare Fahrlässigkeit, vorliegt. Der Thatbestand ist in Kürze folgender: Auf dem Hofe des Hauses Wichmannstraße 8 befindet sich der Kuhstall eines Molleibehes, dessen Wesse A. ein Liebesverhältnis mit der Dienstmagd D. unterhalten hat. Vor ca. sechs Monaten genas die D. eines Kindes, welches sie beim Verlassen ihres jetzigen Dienstes mit nach Schneberg nahm. Da ihr Liebhaber sie vernachlässigte, erschien sie vorgestern Abend gegen 7 Uhr in dem Kuhstall jenes Molleibehes, um dem A. das Kind zur eigenen Pflege und Erziehung zu übergeben. Dieser verweigerte die Annahme des Kindes, infolge dessen legte die D. das letztere einfach auf einen im Stalle stehenden Tisch nieder und entfernte sich eiligst. A., ein etwas simpler Mensch, lief, anstatt sich zunächst um das Kind zu kümmern, sofort nach dem Reiterbureau und brachte dort den Vorfall zur Anzeige. Der dienhabende Beamte ersuchte den A., das Kind bis zum folgenden Morgen in Pflege zu geben, dann werde die Polizei für die Unterbringung desselben Sorge tragen. Als A. nach dem Stalle zurückkehrte, fand er das Kind in einem neben jenem Tische stehenden, mit Wasser angefüllten Jober tot vor. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß die D., von welcher zunächst angenommen wurde, daß sie das arme Weib in verbrecherischer Absicht in den Jober geworfen habe, an dem Tode desselben unschuldig ist. Auch von einer Kindesaussetzung kann nicht die Rede sein, weil sie das Kind nicht in einem hilflosen Zustande zurückgelassen hat. Es liegt, wie gesagt, nur ein bedauerlicher Unglücksfall vor, welchen die grobe Fahrlässigkeit des A. herbeigeführt hat.

**Ein sonderbares Selbstmord-Motiv** hat den Lohgerber Kengler in den Tod getrieben. Kengler wohnte mit seiner Familie bisher in der Pringens-Arte und hatte zum 1. Oktober eine andere Wohnung in einem Neubau der Wriezener Straße gemiethet, um bald nach Abschluß des Kontraktes zu erfahren, daß die polizeiliche Abnahme dieser Wohnung noch nicht stattgefunden habe. Um sich eine Wohnstätte zu sichern, prolongirte die Frau mit dem bisherigen Wirth den Kontrakt auf ein Jahr; wenige Tage vor dem Quartalswechsel wurde aber die polizeiliche Erlaubnis zum Verziehen des Neubaus erteilt und hierdurch sah sich die K'sche Familie im Besitz zweier Wohnungen. Dies führte zwischen dem sonst im besten Einvernehmen lebenden Ehegatten zu wiederholten Streitigkeiten und am Freitag kam es wieder zu Differenzen zwischen A. und seiner Frau, die damit endigten, daß A. seinen Hut ergriff und mit den Worten: „Wenn Du nicht nachgeben willst, sieht Du mich nicht wieder!“ die Wohnung verließ. Der erlittene Mann hielt Wort, denn bereits vorgestern wurde seine Leiche im Schiffahrtskanal in der Gegend der Jennisstrassen-Brücke aufgefunden.

**Abgeschickte Einbrecher.** Am Sonntagabend 1/27 Uhr waren Einbrecher während der Abwesenheit der Inhaber in eine Kellerwohnung des Hauses Kurfürstentrasse Nr. 20 eingedrungen. Bewohner des Hauses, die ein verdächtiges Geräusch in den betreffenden Räumen wahrgenommen hatten, eilten nach der in der Nähe befindlichen Polizeiwache, um dort bezügliche Meldung zu erstatten. Den sofort nach dem Thatort eilenden Polizeibeamten gelang es auch, die gefährlichen Eindringlinge bei ihrer Arbeit zu überraschen und dingfest zu machen. Zur Wache geführt, machten die Diebe, drei an der Zahl, die aus der Langenstraße gekommen waren, die ungeheuerliche Auerbe, sie hätten nur die Fenster der Wohnung schließen wollen. Bei ihrer Durchscheidung man Dietrich und anderes Handvermögen bei ihnen vor. **Heber einen doppelten Unglücksfall,** der sich am Sonntagabend gegen 8 Uhr in dem Hause Priesenstr. 6 ereignete, gehen einem hiesigen Blatte folgende Mittheilungen zu: „In genanntem Hause wohnt im ersten Stockwerk der Zimmerer Müller mit seiner aus Frau und Tochter bestehenden Familie. Der Mann war zur genannten Zeit nicht im Hause, befand sich vielmehr noch auf seiner in der Chausseestraße belegenen Arbeits-

stätte. Die Mutter war mit ihrer siebenjährigen Tochter allein in der Behausung, erstere in der hinteren Wohnstube, letztere in der ebenfalls nach hinten belegenen Küche. Eben hatte die Mutter noch mit ihrer spielenden Tochter gesprochen, als sie mit einem Male einen erschrecklichen Schrei ausstieß. Das Kind eilte bestürzt hinzu und sah aus Mund und Nase ihrer Mutter einen Blutstrahl quellen. Sofort eilte sie, um das Leben der Mutter zu retten, hilflos zum Fenster. Pflötzlich hörten die Hausbewohner einen dumpfen Fall. Das Kind war dadurch, daß es sich zu weit zum Fenster hinausgelehnt, das Gleichgewicht verlierend zum Fenster hinausgestürzt. Von allen Seiten eilte nun Hilfe herbei. Das Kind fand man auf dem Hof in einer Blutlache bewusstlos, jedoch noch lebend vor. Jetzt hatte man auch den Schmerzensruf der Mutter gehört. Ein Schlosser wurde herbeigeholt, der die verschlossene Wohnung öffnete. Hier fand man die arme Frau, welche ihren Geist bereits, in ihrem Blute schwimmend, ausgehaucht hatte. Der Mann, nach welchem sofort ein Bote nach der Arbeitsstätte geschickt worden war, kam alsbald nach Haus, um an der todtten Mutter und an dem Vagabund seiner schwerverletzten Tochter Schmerzerfüllt niederzusinken.

**Gegen die unsinnigen Zuspitzungen** wendet sich berechtigter Weise die „D. Gastw.-Ztg.“ und richtet ein ernstes Mahnwort an die Gastwirthe, solchen unsinnigen Gebahren nicht allein nicht Vorschub zu leisten, sondern denselben auch nachdrücklich zu wehren. So schreibt das Hochblatt u. A.: „Sind diese Freß- und Saufwetten, wie man mit Recht sie bezeichnen muß, etwas Viehisches, so hat der Gastwirth, der doch nur Menschen erquiden und bewirthen will, die ernsteste Pflicht, derartiges in seinem Lokale nicht zu dulden, Viehhabern derselben aber unverzüglich zu zeigen, wo der Zimmermann das Voch gelassen; denn was für ihn aus einem solchen Gebahren entstehen kann, das zeigt ein gerichtliches Urtheil, wonach ein Sanderger Gastwirth wegen strafwürdiger Tödtung eines Menschen zu zehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden ist, bezogen dadurch, daß er einem siebenzehnjährigen jungen Menschen aus Anlaß einer Wette, wie sie leider öfter vorkommen, nach vorausgegangenem Bier noch drei Schoppen Brantwein verabfolgte. Nach zwei Tagen war der Bedauernswerthe an altester Lungenentzündung verstorben. — Derartige Kneipwetten sind thatsächlich nichts Seltenes; schon häufig ist über solche berichtet worden und meistens haben dieselben einen unheilvollen Ausgang gehabt. Es wäre daher wohl angebracht, daß alle Gastwirthe der Aufforderung ihres Fachgenoss: „entschiedene Verpöndung jeder Kneipwette, die zu unsinnigem Gemüth von Speise und Trank veranlaßt“, für die Zukunft Folge gäben.“

**Vom Samariter und Erviten.** Kamen da am letzten Sonntag Morgen zwei Schutzleute die Treckowstraße gemächlich daher. An der Ecke der Franzosstraße bemerkten sie eine kranke Frau, die ohnmächtig am Boden lag. Als sie genauer hinsahen, wurden sie gewahr, daß es „nur“ eine Arbeiterfrau war, und — sie gingen schleunigst in die Franzosstraße hinein. Ein dritter machte es ebenso. Einige des Weges daherkommende Arbeiter haben die Frau auf und trugen sie nach ihrer in der Nähe befindlichen Wohnung.

**Vom Sonntag.** Die herrlichste Herbstsonne, welche noch ein Mal ihre erwarrenden Strahlen auf Berlin gesenkt hatte, lockte am Sonntag fast die ganze Metropole hinaus in das Freie. Eine neue Welle der Völkerverwanderung schien herein gebrochen zu sein. Denn Tausende von Fußgängern und Wagen belebten die Chaussees und Wege. Wie auf den Straßen, so herrschte auch auf dem Wasser ein reges, buntes Leben. Die Ruderklubs und Bootsverleiher, welche ihre Fahrgeuge schon in die Winterschuppen gebracht hatten, konnten dem verlockenden Sonnenschein nicht widerstehen und machten sie wieder flott. Leider ist auch dieser Sonntag nicht ohne Unfälle auf dem Wasser verlaufen. Bei Sadowa fuhr der Gravier Kleine mit einem sogenannten Vaddelboot gegen dort lagerndes Floßholz und kenterte. A., einem guten Schwimmer, gelang es aber bald, das nahe Ufer zu erreichen. Schwieriger gestaltete sich die Rettung der Insassen eines zweiten gekenterten Bootes. Unweit vom „Gierhäuschen“ vertrieb sich der Uhrmacher Franke mit seiner Braut die Zeit durch eine Gondelfahrt. Die jungen Leute gaben ihrer Freude über das herrliche Vergnügen dadurch Ausdruck, daß sie wie unsinnig sich in dem Boote schaukelten. Pflötzlich schlug dieses um und die Uebermüthigen mußten ein unfreiwilliges Bad nehmen. F. schwamm an das Land, seine Braut jedoch wäre unrettbar verloren gewesen, wenn nicht im letzten Augenblick noch der Restaurateur Simemann herbeigekittelt wäre. U. gelang es, die Dame noch zu erfassen und an das Land zu bringen, wo es vieler Mühe bedurfte, die Ohnmächtige ins Bewußtsein zurück zu rufen.

**Polizeibericht.** Am 11. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner in der Rindstraße belegenen Wohnung, gänzlich entkleidet im Korridor liegend, tot aufgefunden. Nach ärztlichem Ausspruch ist der Tod infolge Vergiftung mittelst Karbolsäure erfolgt. — Nachmittags wurde an der Ecke der Jäger- und Marxgrafenstraße ein alter Herr von einer Equipage überfahren und am Kopfe nicht unbedeutend verletzt, so daß er nach der Königl. Klinik gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde ein Arbeiter vor dem Hause Meindendorferstr. 1 von einem mit Bierfassern beladenen Wagen überfahren und am Kopfe so verletzt, daß er nach Auflegung eines Nothverbandes nach der Charite gebracht werden mußte. — Ebenfalls um dieselbe Zeit wurde der Handelsmann Meyer, als er an der Ecke der Rosenbaler- und Weinmeisterstraße den Strahendam über schreiten wollte, von einer Dreifloß überfahren und erlitt außer einigen Hautabschürfungen einen Bruch des linken Oberarms. Meyer wurde nach der Charite gebracht. — Als an demselben Tage Nachmittags die Ehefrau des Friesenstraße 6 wohnhaften Zimmermanns Froumelt plötzlich von Blutströmen befallen wurde und ihr Gesicht hierbei mit Blut bedeckt hatte, erschrak die 5jährige Tochter derselben derartig, daß sie sich in ihrer Aufregung mit dem Schrei: „Ein böser Geist“ aus dem Fenster der im ersten Stock belegenen elterlichen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinabstürzte. Sie erlitt hierbei eine Verstauchung des rechten Fußes und eine Quetschung der Rippen. Die Mutter, welche bereits seit längerer Zeit an der Schwindsucht litt, verstarb auf der Stelle. — Am 12. d. M. Vormittags fiel ein Mann an der Ecke der Matzenowstraße und der Straße Alt-Moabit beim Absteigen vom dem Verdeck eines dort haltenden Pferdeabfuhrwagens herab und erlitt eine Gehirnerschütterung, so daß er nach dem Krankenhause in Moabit gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde ein 5jähriger Knabe an der Ecke der Willow- und Cohnstraße von einem Geschäftswagen überfahren und am Kopf und am Bein bedeutend verletzt. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. — Gegen Abend warf sich ein dem Trunks ergebener, 79 Jahre alter Mann vor dem Hause Nr. der Stralauerbrücke 4 vor die Räder eines vorüberkommenden Omnibuses, wurde überfahren und auf der Stelle getödtet. — Abends wurde auf dem Grundstück Widmannstr. 8 im Kuhstall die 6 Monate alte Tochter des Dienstmädchens Densens in einem Gesicht mit Wasser tot aufgefunden. Nach Angabe des Hausdieners Andree hat die Mutter ihn, als dem angeblichen Vater, das Kind gebracht, es im Kuhstall auf den Tisch gelegt und sich darauf entfernt. Während er sich nach der Wache des 22. Polizeireviers begab, um den Vorfall anzuzeigen, sei das Kind wahrscheinlich in das Wassergefaß gefallen und ertrunken. — Zu derselben Zeit wurde eine Frau, als sie mit einem Kinde auf dem Arm an der Ecke der Friedrichs- und Georgenstraße den Fohrdamm überfahren wollte, von einer Droschke überfahren, erlitt einen Rippenbruch und mußte nach der Universitätsklinik gebracht werden. Das Kind blieb unversehrt. — In der Nacht zum 13. d. M. wurde der Arbeiter Diner auf der Treppe des Hauses Weberstraße 88 mit einer schweren Verletzung am Hinterkopfe aufgefunden und nach seiner im 3. Stock belegenen Wohnung gebracht, wo er bald darauf verstarb. Er hat die Verletzung aufeinander durch einen Fall von der Treppe erlitten. — Zu derselben Zeit fiel der Arbeiter Mahnlopf unter der Eisen-

